Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsträgern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. 1, Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 17359 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilentell 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Donnerstag, den 3. Juni 1926 — Nummer 126

Geheimrüstungen in Sachsen!

Das Wehrkreiskommando IV stellt geheime Grenzschutzdivisionen auf

Offiziersbund „Olbernhau"

Da der Reichswehrminister Geßler noch immer behauptet, daß das Reichswehrministerium von der Existenz illegaler Wehrverbandsorganisationen keine Kenntnis habe, veröffentlicht neuerdings die „Welt am Abend" in ihrer gestrigen Ausgabe weiteres umfangreiches Material über Bürgerkriegsrüstungen in Sachsen, die unter dem Deckmantel der Landesverteidigung vorgenommen werden. Es bleibt abzuwarten, ob das Reichswehrministerium noch immer die Stirn haben wird, angesichts dieser Dokumente zu erklären, daß es von diesen Dingen keine Kenntnis habe. Die „Welt am Abend" veröffentlicht zunächst einen

Gründungsbericht des Offiziersbundes „Olbernhau".

Aus diesem Bericht geht hervor, daß für Sonntag den 28. März d. J. der Major Rühle von Lilienstein zu einer Besprechung nach Chemnitz eingeladen hatte. Anwesend waren außer den Regimentsführern resp. deren Stellvertretern des sächsischen Erzgebirges der Oberst von Hingst-Dresden, sowie Major Scheffler-Dresden. Aus dem Gründungsbericht, dessen Wortlaut von der „Welt am Abend" abgedruckt wird, geht hervor, daß Major Rühle v. L. in seinem Vortrag darauf hingewiesen hat, daß Sachsen seit Friedensschluß zu einem exponierten Grenzland geworden sei und hier die Gefahr des kommenden feindlichen Einbruchs besonders groß sei. Die Grundzüge der Organisation, die in jeder Weise von seiten des Heeres resp. der Reichswehr funktioniert worden seien, müßten daher unbedingt auf einen genauen Mobilisationsplan für eventuell kommende Kriegsverwicklungen zuspitzen. Da wir durch den Vertrag von Versailles nur ein stehendes Heer von 100 000 Mann haben, müsse die Möglichkeit gegeben werden, aus ihm heraus einen Plan kommender Beteiligung zu finden. Da es bekanntlich sollen die neu aufgestellten Grenzschutzregimenter [illegible]

Dabei müsse vermieden werden, daß die Grundzüge allgemein bekannt werden, d. h. zur Kenntnis der feindlichen Kontrollkommissionen oder auch der Kommunisten, welche diesen gleichzustellen seien, gelangen.

Nachdem nun die Regimenter mit ihren Offizieren im großen und ganzen festgelegt sind, sei es nun Aufgabe der einzelnen Kompagnieführer, sich der zuverlässigsten Leute zu versichern. In erster Linie kämen in Frage die Angehörigen des Stahlhelm, Werwolf, Jungdo usw. Dabei müsse besonders Rücksicht darauf genommen werden, daß nur wirklich gediente Leute Verwendung finden, da im Falle eines Krieges die jungen, unerprobten Mannschaften ins Innere zur Ausbildung geschickt werden müßten. Alle diese Maßnahmen seien lediglich für einen kommenden Krieg zu treffen. Den Grenzschutzregimentern falle in erster Linie der Schutz der Grenze und das Aufhalten des ersten Anpralls feindlicher Kolonnen zu, damit die Zivilbevölkerung Gelegenheit habe, das bedrohte Gebiet zu räumen. Es müßten zu diesem Zwecke Verhandlungen mit den Kreishauptleuten stattgefunden, wobei alle zu treffenden Maßnahmen durchgesprochen worden seien. Besonders soll Wert darauf gelegt werden, daß die einzelnen Kompagnien, die 20 bis 30 Mann stark sein werden, entsprechende Ausbildung erlangen. Am Schlusse des Berichtes wird noch aufgefordert, irgendwelche militärische Operationen in der Tschechoslowakei so schnell wie möglich weitergegeben. Weiter wird noch mitgeteilt, daß Major Rühle von der Leitung zurückgetreten sei und die Führung der Oberst Tourmeau, Leipzig-Gohlis, übernommen hat. 8 Tage später hat in Annaberg eine Besprechung mit dem neuen Leiter stattgefunden, zu der mittels Einschreibebrief eingeladen wurde. Dann trat die neue Organisation in Tätigkeit. Weiter veröffentlicht die „Welt am Abend" ein Dokument über die Aufstellung der Grenzschutzdivisionen. Nach einem vorliegenden Bericht hat eine Zusammenkunft am 1. Mai 1925 stattgefunden, in der Oberleutnant Böttcher berichtet, daß ab 1. April 1925 der Grenzschutz insofern ein festes Gebilde geworden sei, als eine

einheitliche Aufstellung durch das Reichswehrkommando

in Berlin erfolgt sei. Das Wehrkreiskommando IV umfasse

3 Grenzschutzdivisionen.

Chemnitz, Königstein, Bautzen. In dem Bericht über die Aufstellung der Grenzschutzdivisionen werden genaue Angaben über die Zusammensetzung der Divisionen und die Gliederung der einzelnen Regimenter gemacht. Es werden auch die einzelnen Bataillonsstäbe und ihre Führer sowohl als auch die Kompagnieführer im einzelnen benannt. In einem Regimentsbefehl wird verlangt, daß die einzelnen Bataillone die Inhaber von Personen- und Lastkraftwagen und Kraträdern in ihrem Bezirke zu melden haben und dabei die Gefechtsstärke der Bataillone anzugeben. Auf die Ausbildung der Vaterländischen Verbände mit Gewehr sei Wert zu legen und anzustreben. Das Bataillon Neuhausen solle einen leichten Minenwerfer nambaft machen. Ebenso sollen die Bataillone unter genauer Angabe ihren Gefechtsabschnitt, ihre Bataillonsdepots und die MGK.-Führer melden. Das Bataillon Seyde soll Depots und Tankstellen errichten. Das Bataillon Olbernhau soll Fühlung nehmen mit Militärvereinen, Feuerwehr und vaterländischen Verbänden zwecks Aufstellung von Ersatzmannschaften. Als Regimentsadjutant für das Regiment 640 wird Leutnant Dießner, Neuhausen, genannt. Das Regiment 640 soll 3 leichte Maschinengewehre für die Aufklärungskompagnie auf Personenkraftwagen montiert zugeteilt erhalten.

In Verbindung mit den bisherigen Meldungen über die Organisierung der Kleinkaliberschützen, die unter dem besonderen Schutze des sächsischen Innenministers Max Müllers zu stehen scheinen, zeigen die neuen Veröffentlichungen der „Welt am Abend" die ungeheuren Rüstungen der nationalen Verbände in Sachsen, die keineswegs nur als militärische Organisation zur Landesverteidigung gedacht sind, sondern in erster Linie Verwendung finden werden zur Niederschlagung der Arbeiter.

Vielleicht wird nunmehr das Reichswehrministerium und Herr Geßler sich endlich bequemen, einmal zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Für die Arbeiterschaft muß die Veröffentlichung dieser Dokumente ein neuer Anlaß sein, den monarchistischen und nationalistischen Rüstungen die rote Einheitsfront der Arbeiter entgegenzustellen.

Zum 20. Juni — 20 Millionen

Von Max Engel, Berlin.

„Das Deutsche Reich ist eine Republik", und „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus", so kann man lesen in der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919. Diese „schöne" Verfassung sagt noch manche Dinge, wie in Deutschland das gesellschaftliche Leben geregelt werden soll, die wir heute hier nicht aufzählen können; wir wollen nur feststellen, daß in Wirklichkeit und gerade in der „demokratischen Republik" nicht die Verfassungsvorschriften, sondern die Machtverhältnisse bestimmend sind. Ein Schulbeispiel für diese Behauptung ist das oben angeführte Zitat. In der Stellung zum Volksentscheid sehen wir, daß die ganze offizielle Republik, Reichspräsident, Reichs- und Länderregierungen, Reichstag und Landtage, die Behörden, alle Parteien vom Zentrum bis zu den Völkischen auf Seiten der früheren Fürsten stehen. Die schwankende Haltung der Demokraten ist nur eine Bestätigung dieser Tatsache. Die Regierungsorgane und die genannten Parteien haben inzwischen gegen den Volksentscheid zum Sammeln geblasen. Sie haben gegen das Enteignungsgesetz Stellung genommen und natürlich auch ihre ganzen Machtmittel eingesetzt, um den Volksentscheid zu erschweren. Unter offenem Verfassungsbruch erklärte die Regierung Luther, daß der Volksentscheid verfassungsändernd sei und etwa 20 Millionen Ja-Stimmen aufgebracht werden müßten. Die Marx-Regierung ist der gleichen Auffassung. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." —

Unsre Stellung in den Fragen der Verfassung ist klar, — wir haben stets erklärt, daß die Verfassungsartikel für die regierende Klasse Zwirnsfäden sind, über die sie in dem Kampf um ihr Interesse nicht stolpern wird. So haben auch die bürgerlichen Parteien und einzelne Minister bereits erklärt, daß sich keine Regierung und kein Reichspräsident finden wird, der das Enteignungsgesetz — sollte es im Volksentscheid mit 20 Millionen Ja-Stimmen durchkommen — verkünden würde. Sie drohen nicht nur mit dem Paragraph 48, sondern rüsten offen, wie die letzten Vorkommnisse beweisen, um mit Hilfe der Diktatur nicht nur die Fürsten abzufinden, sondern die Werktätigen und vor allem die Arbeiterklasse niederzuknüppeln.

Daß die SPD.- und ADGB.-Führer nicht bereit sind, im breiten Kampf gegen die kapitalistische und monarchistische Reaktion eine rote Einheitsfront aufzustellen, beweist nur, daß sie trotz ihrer Zustimmung zum Volksentscheid auf Seiten der Bourgeoisie stehen. Unter dem Druck der Massen mußten sie zwar dem Enteignungsgesetz zustimmen, aber durch ihre Vertrauenserklärung für das Marx-Kabinett haben sie die Saboteure des Volksentscheids unterstützt.

Der Kampf gegen die Fürstenabfindung hat zum ersten Male in Deutschland eine breite Front der Werktätigen aufgestellt, die unter Führung der KPD. steht. 12½ Millionen haben das Volksbegehren unterzeichnet. 20 Millionen Stimmen beim Volksentscheid wären der Ausdruck dafür, daß die Macht und Kampfbereitschaft dieser Front wächst, wären von höchster Bedeutung für die erfolgreiche Abwehr der Monarchistenpläne. Wäre es möglich, daß wir — trotz der kalten Sabotage der SPD. und des ADGB. — zum 20. Juni noch weitere 7½ Millionen Ja-Stimmen aufbringen? Sicher!

Für eine Abschätzung der möglichen Ergebnisse gibt es einige wesentliche Unterlagen. Die KPD. und SPD. haben etwa eine Mitgliederzahl von 1,2 bis 1,5 Millionen, etwa 200 Zeitungen mit etwa 4½ Millionen Auflage. Im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Afa, der Butab sind zusammen etwa 4½ bis 5 Millionen Mitglieder organisiert, in den Arbeitersport- und Kulturverbänden etwa 2,5 bis 3 Millionen, im Zentralverband Deutscher Konsumvereine 2½ Millionen Mitglieder. Diese Zahlen kann man selbstverständlich nicht mechanisch zusammenzählen, da viele Arbeiter in mehreren Organisationen Mitglieder sind und außerdem die organisatorische Stärke der Parteien und Verbände sehr verschieden ist. Trotzdem kann man behaupten, daß sechs bis acht Millionen Werktätiger in Deutschland unter direktem Einfluß einer Organisation stehen, die für die Enteignung eintritt. Dazu kommt noch, daß viele kleinbürgerliche Organisationen offen für den Volksentscheid eintreten, daß die Demokraten die Abstimmung freigeben mußten und auch Zentrumsführer gegen die Parole ihrer Parteileitung auftreten und zur Abstimmung mit „Ja" auffordern. Die Gegenaktion der Monarchisten wird beim Volksentscheid bedeutend stärker sein als beim Volksbegehren. Aber auch diese Agitation nützt in gewissem Grade uns, sie macht die breitesten Massen auf den Volksentscheid aufmerksam, die Tatsachen werden bekannt, die allgemeine politische Aktivität wird stärker. Das wird dazu beitragen, daß auch unsre Anhänger aktiver werden und die Zahl der Nichtwähler geringer wird.

Politisch fällt der Volksentscheid in eine außerordentlich günstige Situation. Die letzten Enthüllungen über die monarchistischen Pläne (Kaiserverordnung usw.) haben die monarchistische Gefahr offen gezeigt, die wirtschaftliche Lage ist nicht günstiger geworden und die Vereinigung der Reaktionäre zu einem einheitlichen festen Block ist bisher nicht gelungen. Ihre Differenzen untereinander werden uns nützen. Ihre Parolen haben keine Durchschlagskraft — keine gegnerische Partei wagt es, offen für die Forderung der Fürsten einzutreten.

Die Schwierigkeit liegt nicht in der Situation. Sie liegt darin, daß SPD. und ADGB. nur gezwungen den Volksentscheid mitmachen, daß sie es ablehnen, zur Zusammenfassung aller Kräfte in allen Orten und Betrieben Einheitskomitees zu bilden. Sie fürchten die Konsequenzen des Sieges der Massen und fürchten, daß diese Millionen auch außerparlamentarisch im Kampf gegen die Regierung und den Reichstag, die offen für die Fürsten kämpfen. Aber die Werktätigen werden auch

Gemeinsamkeit mit dem Parteivorstand

Zu dem am 6. d. Mts. stattfindenden Parteitag der 23 wird, wie mitgeteilt wird, der Kreishauptmann Buck das Referat über „Wege und Ziele der alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens" halten. Im „Mitteilungsblatt" heißt es zu diesem Vortrag:

„Niemand denkt daran, diese Organisation über Sachsen hinauszutragen. Unser Ziel ist nicht Spaltung der SPD., sondern Zurückgewinnung der sächsischen Sozialdemokratie zu den organisatorischen Grundsätzen und der Politik der Gesamtpartei. Darum kann es auch am 6. Juni nichts anderes als ein offenes Bekenntnis zu den Grundsätzen der deutschen Sozialdemokratie und zum Heidelberger Programm als der Richtschnur unseres Handelns geben. War es der dauernde Versuch der sächsischen Bezirksinstanzen, eine an sich gesunde und allein mögliche Landes- und Koalitionspolitik zu zerstören und jede Meinungsäußerung in der Partei seit Jahren brutal zu unterdrücken, so soll in der zu gründenden Partei die vor 1922 geltende Politik der Sozialdemokratie wieder zu Ehren gebracht und dem freien Wort und kameradschaftlichen Handeln wieder der Weg geebnet werden. So werden wir uns denn mit gutem Grund „Alte Sozialdemokratische Partei" nennen.

Jawohl, wir sind und wollen bleiben die Alten, sowohl in ihrer Treue zu den sozialdemokratischen Ideen als auch in dem Glauben an eine Demokratie, die einen Kadavergehorsam und eine Diktatur gleich ablehnt. Wir wissen, daß unser Weg kein leichter sein wird. Wir fangen völlig von vorn an. Aber weil uns ein reines und gesundes Ziel vorschwebt, weil alles, was ich von bolschewistischen Parteimethoden abgekehrt, in uns die einzig mögliche Parteigesundung Sachsens erblickt, weil jeder unserer Freunde, die bisher resigniert beiseite standen, wieder in alter Hingabe und Opferfreudigkeit zurückkehren will, deshalb wird und muß unser Schritt gelingen."

Diese Schreiberei soll die Arbeiter verwirren, die offene Arbeitereinheitsfront der 23 verdecken. Gleichzeitig wird hier dem Parteivorstand aber nochmals erklärt, daß die 23 bereit sind, sofort wieder zur SPD. zurückzukommen, wenn sie die Linken zu Paaren erledigt haben. Der Parteivorstand ist mit diesem Politikum der 23 vollständig einverstanden. Die 23 stehen mit Zustimmung des Parteivorstandes jetzt außerhalb der SPD., um Kräfte dort, die Linken zu sammeln.

Ein neuer Schritt zur Diktatur

Berlin, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsinnenminister Külz hat jetzt ein Gesetz über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichstages ausgearbeitet, das von der Marx-Regierung bereits gebilligt ist. Nach diesem Gesetz soll in Zukunft der „Staatsgerichtshof über das deutsche Reich" darüber entscheiden, ob ein Gesetz verfassungsändernd oder nicht, oder ob es überhaupt verfassungsmäßig zustande gekommen ist. Wenn dieser Entwurf Gesetz würde, so wäre ein weiterer Schritt zur Ausschaltung des Parlaments getan. Die monarchistischen Richter, aus denen der Staatsgerichtshof über das deutsche Reich zusammengesetzt ist, könnten nach Willkür ein Gesetz aufheben oder für verfassungsändernd erklären. Zweifellos ist dieses Gesetz vor allem gegen das Fürstenenteignungsgesetz gerichtet.

Ebels Klage abgewiesen

Bekanntlich hatte die Regierung den Abgeordneten Ebel vor einiger Zeit hinausgeworfen von seiner Stelle als Redakteur der „Staatszeitung" entfernt. Ebel hatte gegen diese Entlassung geklagt. Das Oberlandesgericht hat jetzt die Klage abgewiesen. Hätte es sich um ein Mitglied der Rechtsverbände gehandelt, wäre die Entscheidung sicherlich anders ausgefallen.

Wir sind nicht der Auffassung, daß ein sozialdemokratischer Beamter an den Zuständen etwas ändern würde. Wir registrieren den Fall Ebel, um den Arbeitern die „Objektivität" der Gerichte zu zeigen.

Asmus wird rehabilitiert

Dem „Berliner Tageblatt" zufolge soll der Freiberger Oberstaatsanwalt Dr. Asmus nach dem Freispruch in seinem Prozeß in der nächsten Zeit den Posten eines Landgerichtsrats in Chemnitz erhalten. Diese Ernennung soll auf einen Beschluß des sächsischen Gesamtministeriums zurückzuführen sein.

mit dieser Sabotage fertig werden. Der Sieg ist sicher, wenn ihn die Arbeiterschaft organisiert.

Die werktätigen Massen formieren ihre Front. Unter Führung der KPD. wurde das Volksbegehren siegreich durchgeführt. Unter Führung der KPD. muß die rote Front ihren zweiten großen Appell am 20. Juni abhalten.

Mögen dann die Fürstenknechte es wagen, dem Willen des arbeitenden Volkes entgegen zu handeln, dann wird die rote Front nicht nur die Faust zeigen, sondern zuschlagen, um die Enteignung der Fürsten zu erzwingen und die monarchistische Reaktion entscheidend zu schlagen.

Zwischen Dresden und Freiburg

Der Weg der 23 Renegaten — der Weg des Parteivorstandes.

ck. Am 6. Juni halten die 23 ausgeschlossenen Sozialdemokraten in Sachsen den Gründungsparteitag ihrer eigenen Organisation ab, mit der sie in den sächsischen Wahlkampf ziehen wollen. Eine neue Partei mit eigenem Organisationsapparat soll geschaffen werden, mit der den sächsischen Industriellen in dem bevorstehenden Landtagswahlkampf Arbeiterstimmen zugeführt werden sollen. Zur Rettung und Sicherung der Großen Koalition vor dem Ansturm der sächsischen Arbeitermassen ziehen die 23 Renegaten die letzte Konsequenz.

Das politische Gesicht dieser neuen Partei ist durch die bisherige Politik der Beyhke und Heidt klar genug bestimmt. In jeder Lebensfrage der Arbeiterschaft standen sie auf der anderen Seite der Barrikade, in ihrer ganzen praktischen Politik wie in den einzelnen Amtshandlungen auf dem Verwaltungswege besorgten sie die Geschäfte der Bourgeoisie. Sie lehnten die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ab, sie lieferten kommunistische Abgeordnete an die Klassenjustiz aus, sie nahmen Stellung gegen den Volksentscheid und haben den im Reichsmaßstabe geplanten Raub des Versammlungsrechtes für Sachsen bereits durchgeführt. Sie geben der Politik Luther-Marx für Sachsen die entsprechende lokale Färbung. Als Hindenburg nach Dresden kam, kuschten sie vor ihm. Sie sind in der Politik das, was die gelben Werkvereine der Faschisten in der Gewerkschaftsbewegung sind: gekaufte Mameluken des Großkapitals. Sie haben alle im Dienste der Bourgeoisie die Pensionsberechtigung erworben und sich fette Posten und Pfründe gesichert. Der politischen Verlumpung geht die persönliche parallel.

Aber diese 23 Renegaten sind keine Sozialdemokraten mehr, erklären die Führer der sächsischen Linken und atmen befreit auf. Sie müssen nicht mehr länger vor den Arbeitern eine Politik mitverantworten, die der sozialdemokratische Parteivorstand in allen entscheidenden Phasen gedeckt hat. Und sie reisen im Lande herum mit der Mär, es gebe jetzt nur noch eine einige geschlossene Sozialdemokratische Partei und der Parteivorstand habe nichts gemein mit der arbeiterfeindlichen Politik der 23.

Aber an einer Tatsache kommen diese linken sozialdemokratischen Führer nicht vorbei und sie ist es, die die sozialdemokratischen Arbeiter vor allem beachten müssen: der Parteivorstand hat nie und nirgends gegen die politische Haltung der 23 Renegaten Stellung genommen, sondern er hat sie immer gedeckt. Nur den Bruch der Parteidisziplin und ihre organisatorische Abspaltung hat er gezwungenermaßen verurteilt, so wie auch die Linken in Sachsen den Kampf mit den 23 nicht mit politischen, sondern nur mit organisatorischen Argumenten bestreiten.

Daß die Politik der 23 die Politik des Parteivorstandes und der ganzen rechten Führerklique ist, die die SPD. beherrscht, zeigt der Verlauf des badischen Parteitages der SPD. am 30. Mai. Noch schmählicher als in Sachsen hat die badische Führeropposition von der Art eines Oskar Geck den Rückzug angetreten vor den Koalitionspolitikern der badischen Landtagsfraktion. Trotz der Auslieferung der badischen Lehrer an die Pfaffen, die in dem von Adam Remmele selbst geschriebenen Lehrerbildungsgesetz durchgeführt wurde, trotz der starken Erregung in der badischen Parteiorganisation ist es den geschickten Managern der Koalitionspolitik gelungen, zu erreichen, daß die Opposition auf dem Parteitag fast überhaupt nicht in Erscheinung trat.

Im Zeichen der „positiven Staatsbejahung" von Ebert, Frank und Kolb wurde der badische Parteitag durchgeführt, hielt Hermann Müller als Vertreter des Parteivorstandes eine Verteidigungsrede der Koalitionspolitik, feierte die Zusammenarbeit mit dem Zentrum und prophezeite im selben Atemzug zum hundertsten Male den Zusammenbruch der KPD. Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie, Kampf gegen die proletarische Einheitsfront — das ist das Programm des Adam Remmele und Hermann Müller, genau so wie es das Programm der Beyhke und Heidt in Sachsen ist.

Im Zeichen von Ebert, Frank und Kolb wird auch der kommende Gründungsparteitag der 23 Renegaten in Sachsen am kommenden Sonntag stehen, der nur die letzten Konsequenzen des Reformismus und der Koalitionspolitik zieht. In Baden gelang es der reformistischen Bureaukratie, innerhalb des Parteiapparates die oppositionellen Stimmen der Arbeiter diesmal noch zum Schweigen zu bringen, in Sachsen, wo dies nicht mehr möglich ist, gründen die Koalitionspolitiker eine eigene Partei, um dem Druck der Arbeitermassen auf den Parteivorstand und der Gesamtpolitik der SPD. nicht länger ausgesetzt zu sein.

Für die sozialdemokratischen Arbeiter muß die Entwicklung in Sachsen wie in Baden dieselbe ernste Lehre sein. Der Weg der 23 wie der Weg Adam Remmeles ist der Weg des Parteivorstandes, der durch seinen konsequenten Kampf gegen die Kommunisten, durch den Widerstand gegen die Schaffung der proletarischen Einheitsfront ebenso wie durch die Stützung der schwarz-weiß-roten Marx-Regierung eine neue Periode der offenen Koalitionspolitik im Reichsmaßstabe vorbereitet. Dabei wird er von den „linken" Führern vom Schlage eines Oskar Geck und Lipinski eifrig unterstützt.

Der Kampf gegen die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie, gegen den Verrat der Arbeiterinteressen durch die rechten Führer, wie gegen das völlige Versagen der linken Führer kann von den sozialdemokratischen Arbeitern nur Seite an Seite mit den kommunistischen Arbeitern im einheitlichen Aufmarsch gegen das deutsche Kapital und seine reformistischen Steigbügelhalter geführt werden. Die Zusammenballung der proletarischen Kräfte ist eine gebieterische Notwendigkeit. Der Weg der deutschen Arbeiterklasse ist ein anderer als der Weg der Beyhke, Hermann Müller und Adam Remmele. Dresden und Freiburg — zwei Parteitage sozialdemokratischer Koalitionspolitiker — liefern erneut den Beweis.

Schon wieder einmal „Helfershelfer"

Das Gros der sozialdemokratischen Presse vermeidet ängstlich, gegen die Ablehnung der Aufhebung der Immunität Wulkow durch die Kommunisten zu polemisieren. Es weiß, daß die Sozialdemokratische Partei jahrelang (bis 1919) prinzipiell gegen jede Aufhebung der Immunität geschimpft hat.

Nur die „Magdeburger Volksstimme" kann es sich nicht verkneifen, blöde zu schwätzen, daß kommunistische Abgeordnete gegen die Aufhellung des Fememorddunkels wären. Natürlich sind die Kommunisten wieder einmal die „Schutztruppe politischer Femeverbrecher".

Für wie dumm muß die „Volksstimme" doch ihre Leser halten, wenn sie ihnen die so abgeleierte Walze wieder einmal vorspielt. Die Kommunisten stimmten nicht gegen die Aufhebung der Immunität, um die Fememörder zu schützen. Die Fememörder sind geschützt! Die Gerichtsverhandlungen gegen die völkischen Mörder beweisen das. Wo ist einem von ihnen auch nur ein Haar gekrümmt worden?

Wenn heute das preußische Justizministerium gegen die Fememörder „vorgeht", dann nur, um eine Komödie aufzuführen, die die Massen darüber hinwegtäuschen soll, daß in Wirklichkeit nichts gegen die Femehelfer unternommen wird.

Die Fememörder bekämpfen und ausrotten kann nur die Arbeiterschaft, aber nicht die Justiz, die — sozialdemokratische Zeitungen haben sie selber so genannt — eine Femejustiz ist.

Stillegung der „Deutschen Werke"

2500 Arbeiter vor der Entlassung

Wie die „Welt am Abend" mitteilt, ist beabsichtigt, die „Deutschen Werke" in Spandau stillzulegen. Bereits im Dezember vorigen Jahres war geplant, das Werk infolge Absatzschwierigkeiten zu schließen. Die Stillegung zog sich jedoch bis Ende April 1926 hin. Nach der Wiedereröffnung wurde die Belegschaft erheblich verringert. Jetzt ist nun in 4 bis 6 Wochen mit der völligen Stillegung zu rechnen. Das Werk ist vollständig nach Fordschem System umgestellt worden. Alle Einsprüche der Arbeitsmethode wurden der Arbeiterschaft schroffhaft gemacht mit dem Hinweis auf die besondere Struktur des Werkes. Man erklärte, es sei ja „eigener Betrieb der Arbeiter". Die Direktion beabsichtigte, neben der Fabrikation des D-Rades ein kleines Auto in Angriff zu nehmen, das in Serienfabrikation hergestellt werden sollte. Das Erscheinen dieses Wagens auf der Automobilausstellung im Jahre 1925 rief die Autogewaltigen auf den Plan. Man fürchtete die Konkurrenz des Staatsbetriebes. Es gelang auch den Unternehmern der privaten Automobilindustrie, bei der Regierung durchzudrücken, daß die Herstellung des Serienwagens unterbunden wurde. Damit nicht genug, versuchte die Clique der Privatunternehmer durch ihren Einfluß bei der Reichsregierung auch die Fabrikation des D-Rades zu unterbinden. Die Wirtschaftslage kam ihnen dabei zu Hilfe. Das Werk wird geschlossen. Die noch restierenden 2500 Arbeiter und Angestellten werden der großen Armee der Arbeitslosen eingereiht. Der Staat, dessen Aufgabe es sein müßte, seinen Betrieb mit Arbeit zu versorgen, unterstützt mit dieser Stillegung die Profitinteressen der Privatunternehmer. Die Arbeiter können sehen, wo sie bleiben.

Friedrich der Große über die Fürsten

Der von allen Fürstenknechten so gelobte Friedrich der Große äußerte am 28. Mai 1772 einem Tagebuch des Kammerherrn v. Luchesini zufolge:

„Die von manchen Potentaten vorgefaßte Meinung, daß alles Vermögen des Landes Eigentum der Regenten sei, ist verkehrt. Auch der Regent ist nur der Sachwalter und darf nur so das Vermögen seiner Untertanen ansehen. Mit dem Augenblicke, wo er seine Stellung verliert, hört auch sein Recht auf dem ihm anvertrauten Vermögen der Nation auf. So haben wir es in Pommern mit den Schweden und in Schlesien mit der Kaiserin gehalten. Und dies allein ist natürliche Logik. Kommt da ja keiner mit Recht. Das Recht leitet sich nur aus der natürlichen Ueberlegung ab. Die natürliche Ueberlegung aber sagt, daß es unmöglich ist, den Hohenstaufen oder Karolingern oder ihren etwaigen Erben Vermögen zu geben, weil sie einmal Kaiser waren. Sie hätten ihre Rechte beizeiten besser wahren sollen. Aber nachträgliche Juristenprozesse lehne ich ab."

Verlängerung des Ausnahmezustandes in England

Verschärfung der Kohlenkrise.

London, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus wurde nach einer Aussprache über die Fortführung der Notstandsmaßnahmen mit 249 gegen 100 Stimmen beschlossen, den Ausnahmezustand zu verlängern. Die Regierung will sich auf eine längere Dauer des Bergarbeiterstreikes vorbereiten. Es ist beabsichtigt, die Bestimmungen für die Einschränkung des Verbrauches von Kohlen noch weiter zu verschärfen. Außerdem soll auch die Rationierung der übrigen Brennmaterialien, wie Benzin, Petroleum, Gas usw. eintreten. Die notwendigen Verfügungen sind vom Bergbauamt bereits ausgearbeitet worden. Sie werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Für die Aufrechterhaltung eines wesentlich eingeschränkten Eisenbahndienstes sind noch geringe Kohlenvorräte vorhanden.

•

London, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Bergarbeiterstreik wirkt sich immer mehr auf die englische Industrie aus. Die „Times" muß mitteilen, daß z. B. im Gebiet von Sheffield von 40 Hochöfen infolge Kohlenknappheit nur noch zwei im Betrieb sind.

•

Baldwins Kampf gegen die internationale Solidarität

London, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der englischen Regierung ist die in den internationalen Sammlungen der Arbeiterschaft sich zeigende Solidarität mit den englischen Bergarbeitern besonders unangenehm. Sie will vor allem die Hilfeleistung der russischen Arbeiter für die im Kampfe stehenden englischen Arbeiter unterbinden. Zu diesem Zweck erteilt eine neue Notstandsverordnung der Regierung dem Innenminister die Vollmacht, die Einführung von Geld aus dem Auslande zu verhindern.

Eine Erklärung der KP. Polens

Warschau, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Polnische reaktionäre Clique hat gestern den Ausnahmezustand aufgehoben und offiziell den neuen Präsidenten anerkannt. Diese Tatsache kennzeichnet den politischen Charakter des neugewählten Präsidenten Mościcki, den Pilsudski empfahl und der also auch das Vertrauen der äußersten Reaktion findet. Die Eidesleistung soll am Freitag stattfinden. Die kommunistische Fraktion gab zur Präsidentenwahl eine Erklärung ab, in der sie die Nichtunterstützung der Kandidatur Pilsudskis motivierte und folgendes erklärte:

„Pilsudski ist der Kandidat nicht nur des Kleinbürgertums, sondern auch der Kapitalisten. Pilsudski ist das Wahrzeichen der Militärdiktatur. Vom kommenden militärischen Terror und vom Zusammenbruch des Landes kann Polen nur durch eine Arbeiter- und Bauernregierung, nicht durch die Diktatur Pilsudskis, sondern durch die Diktatur der Werktätigen gerettet werden. Wir geben unsere Stimme für den Arbeiter- und Bauernführer Lanzucki, der im Gefängnis schmachtet, und geben dadurch die Bereitschaft der Arbeiter und Bauern zum Kampfe um die Befreiung der Werktätigen kund."

Fürsten-„Abfindung" in China

Eine geschichtliche Nachgeburt

Von K. A. Wittfogel.

Die Zerstörung der ökonomischen Macht der feudalen Fürstenfamilien ist eigentlich ein Programmpunkt der bürgerlichen Revolution. Wo die junge Bourgeoisie sich mächtig genug fühlte, hat sie Leben und Eigentum der vorher an der Macht gewesenen Fürsten nicht geschont. Cromwell legte 1649 dem englischen Könige den Kopf vor die Füße. Ludwig XIV. verlor durch die große französische Revolution Besitz und Leben.

Die deutsche Bourgeoisie ist dermaßen spät zur Klassenreife gelangt, daß sie, erschreckend vor ihrem sozialen Gegenspieler, dem Proletariat, ihre Aufgabe viel weniger darin sah, die feudalen Gewalten (Großgrundbesitz und Krone) zu vernichten, als sie zum Büttel gegen das Proletariat zu machen. Daher die schwächliche, faktisch dem Feudalismus förderliche Haltung des deutschen Bürgertums im Jahre 1848. 1918 gar wollte die klassenbewußte deutsche Bourgeoisie weder den Sturz der Monarchie, noch denjenigen der feudalen Eigentumsverhältnisse. Es ist das Proletariat, das unter Ausnutzung der wachsenden Unzufriedenheit auch des verelendeten Kleinbürgertums, gegenwärtig die Fürstenenteignung propagiert, das also für eine überfällige Forderung der bürgerlichen Revolution, für eine „Nachgeburt" der Geschichte den Kampf aufnimmt.

Dabei dürfte es nun lehrreich sein, die Erinnerung an gewisse Gedanken wachzurufen, die in der ideologischen Vorbereitung der großen französischen Revolution eine nicht ganz unwesentliche Rolle gespielt haben: die Lehre vom Recht auf Revolution und Fürstensturz, wie sie besonders am Ende der feudalen Geschichtsperiode im alten China aufgestellt worden ist.

Meng — tse

Das altchinesische Feudalreich, das seit dem dritten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung bestanden hatte[1]), zerfiel. Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion und die gleichzeitig zunehmende Bedeutung des beamtenmäßigen Verwaltungsapparates drängten zu einer grundlegenden Neuerung der veralteten politischen Verhältnisse. Die feudalen Großen (Adlige und Fürsten) lagen in ständigem Kampf. Bauernrevolten waren an der Tagesordnung. Der Respekt vor dem feudalen Fürstentum zerfiel zusehends.

Der Philosoph Meng-tse — um 300 v. Chr. — drückt die revolutionäre Stimmung, die das Volk durchhetzte, ausgezeichnet aus. „Das Volk ist das wichtigste Element im Staate", erklärt er, und meint dabei, wie aus dem Folgenden hervorgeht, mit „Volk" die damalige arbeitende Klasse, das Bauerntum, „. . . . der Fürst ist am unwichtigsten"[2]).

Diese Rangordnung ist nun keineswegs platonisch gemeint, sondern hat ihre sehr realen praktischen Konsequenzen. Wenn das arbeitende Landvolk das wichtigste Element der Gesellschaft bildet, dann hat es auch ein Recht, den Fürsten zur Rechenschaft zu ziehen.

Meng-tse redete mit dem König Süan von Tsi und sprach: „Wenn unter euren Dienern einer ist, der Weib und Kind seinem Freunde anvertraute und auf Reisen ging in ferne Lande, und wenn er heimkommt, da hat der andere seine Frau und Kinder hungern und frieren lassen; was soll mit jenem Mann geschehen?"

Der König sprach: „Er soll verworfen werden."

Meng-tse fuhr fort: „Wenn der Kerkermeister nicht imstande ist, seinen Kerker in Ordnung zu halten, was soll mit ihm geschehen?"

Der König sprach: „Er soll entlassen werden!"

Meng-tse fuhr fort: „Wenn Unordnung im ganzen Lande herrscht, was soll da geschehen?"

Der König wandte sich zu seinem Gefolge und redete von anderen Dingen[3]).

Mit dem Gottesgnadentum ist es also nach dieser Anschauung nichts. Für Wilhelm den Größenwahnsinnigen wäre das China des Meng-tse kein geeigneter Boden gewesen. Aber es kommt noch besser. Der Fürst untersteht nicht nur allgemein der Kontrolle des Volkes. Dieses kann ihn sogar absetzen, ja töten, wenn er sich dementsprechend benommen hat.

Der eben erwähnte König Süan erkundigt sich bei Meng-tse nach der Rechtmäßigkeit zweier Revolutionen, in deren erster der König Glä abgesetzt, in deren zweiter der König Dschou Sin getötet wurde. Geht denn das an?, fragt der König, daß man seinen eigenen Fürsten umbringt?

Da antwortet Meng-tse: „Wer die Liebe raubt, ist ein Räuber; wer das Recht raubt, ist ein Schurke. Ein Schurke und Räuber ist einfach ein gemeiner Kerl. Das Urteil der Geschichte lautet, daß der gemeine Kerl Dschou Sin hingerichtet worden ist; ihr Urteil lautet nicht, daß ein Fürst ermordet worden sei"[4]).

In diesen Worten des chinesischen Philosophen ist das Recht auf Revolution, jedenfalls bedingt, klar enthalten. Die philosophischen Vorkämpfer der französischen Revolution haben daraus für ihre Zeit die radikale Konsequenz gezogen und die radikale Theorie in die Praxis der Fürstenvernichtung umgesetzt.

Und heute . . . .?

Unsere gegenwärtige Fürstenenteignungsbewegung ist durch aus anderer Art. Wir wollen nicht an die Stelle der „alten" feudalen Gespenster einen „besseren", einen „Volkskönig" setzen. Wir wollen nicht an Stelle der feudalen die bürgerliche Welt zum Siege führen, wie das der objektive Sinn der Revolution von 1789 war. Wir benutzen die Empörung der werktätigen Massen über die provozierenden Fürstenansprüche, um diese Masse aufzurütteln, um in ihr auf dem Wege des Kampfes um eine Reform — jawohl: das Gefühl des Klassenbewußtseins und der Klasseneinheit zu stärken.

[1]) Vom besonderen Charakter des chinesischen Feudalismus, der von Anfang an einen weitaus bureaukratisch-beamtenmäßigeren Zuschnitt hatte, als der europäische, sehen wir hier ab.

[2]) Meng-tse, Buch VII, II, 14. Chinesischer Text, herausgegeben von James Legge, „The Chinese Classics" II, Seite 483.

[3]) Meng-tse Buch I, II, 6. Uebersetzt von R. Wilhelm („Meng Dsi", Jena 1916, Seite 17).

[4]) Buch I, II, 8. Uebersetzung von R. Wilhelm.

Reuckers Isolierung

„An das Ministerium für Volksbildung, z. H. des Herrn Minister Dr. Fritz Kaiser, Dresden. Das Solopersonal der Staatsoper kann sich mit dem ihm vom Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts gewordenen Bescheid vom 25. Mai 1926 nicht zufriedengestellt erklären. Das Solopersonal hätte vielmehr gewünscht, daß das Ministerium vor der Fassung so schwerwiegender Entschlüsse alle Parteien gehört hätte. Bei dieser Gelegenheit hätte sich das Ministerium davon überzeugen können, daß wohl Dispositionsmängel bestehen, deren Abstellung dringend erforderlich ist, um den Solomitgliedern die freudige Erfüllung ihrer schweren Pflichten zu erleichtern. Rudolf Schmalnauer, Schriftführer. Friedrich Plaschke, Solovertreter der Staatsoper."

Nachdem das Solopersonal sich auf die „Abwege" des Herrn Mora begeben hat, steht Reucker mit Kaiser allein auf weiter Flur. Wir veröffentlichen morgen die Antwort Moras an das Ministerium, der den Fall Reucker eingehend erörtert. Reuckers Fall scheint zum Fall Kaiser zu werden.

Zaghluls Wahlsieg

Von J. B. (Jerusalem).

Am 21. November 1924 fiel unter dem Drucke eines britischen Ultimatums die volkstümliche Regierung Zaghluls Pascha. In der kurzen Zeit seiner Herrschaft in Aegypten hatte Zaghlul, dessen Partei die Interessen der ägyptischen aufstrebenden Bourgeoisie vertritt und die breiten Bauernmassen hinter sich verfügt, immer zwischen einem Kompromiß mit Großbritannien und den von der nationalrevolutionären Bewegung vertretenen radikalen Unabhängigkeitsforderungen geschwankt. Seine tatsächliche Niederlage war die Folge dieses inneren Antagonismus des Wafd (Zaghlul-Partei).

Die Niederlage Zaghluls im Herbst 1924 war so unerwartet und tief gekommen, daß viele Kenner der ägyptischen Politik keinen Einfluß für ausgespielt hielten. Die Engländer errichteten zunächst unter der Maske einer ägyptischen „unparlamentarischen“ Regierung Ziwar Pascha eine rücksichtslose Diktatur, mit der sie die elementare nationalrevolutionäre Bewegung zu unterdrücken hofften. Außer den üblichen Terrormitteln: Gefängnishaftungen, Verurteilungen, Todesurteilen usw. wollte Ziwar Pascha auch auf dem politischen Gebiete Zaghlul schlagen. Zu diesem Zwecke wurde unter dem hohen Protektorate des in Aegypten sehr verhaßten Marionettenkönigs Fuad eine Regierungspartei „Ittehad“ (Einheit) geschaffen, die überall ihre Ableger gründete und vor allem den Zweck verfolgte, die verschiedenen Elemente vom Wafd abzusplittern.

Doch schon bei der ersten Kraftprobe, als Zaghluls Stern noch ganz tief stand, im Februar 1925, erwies sich die Unfähigkeit dieser anglophilen Partei, in irgendwelche Fühlung mit den Massen zu treten. Bei den Parlamentswahlen, die dann angeordnet wurden, ging Zaghlul, wenn auch nicht mit überwältigender Uebermacht, als Sieger hervor, und Ziwar Pascha mußte wieder zu einem illegalen Mittel, zur Parlamentsauflösung greifen, um letzte weitere Herrschaft zu sichern.

Von da an läßt sich wieder deutlich der Aufstieg der Zaghlulisten bemerken. Die Ziwar-Regierung wird durch eine lange Reihe von verräterischen Handlungen auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik derart unpopulär, daß die indifferente bourgeoise Anhängerschaft Zaghlul Paschas massenhaft zu ihm zurückströmt. Maßnahmen innerpolitischer Natur, wie wiederholte Sensationsprozesse, Verschärfung des Versammlungsrechts, Ausarbeitung eines unkonstitutionellen Wahlgesetzes, welches die Zaghlul-Partei in Illegalität zu drängen, scharfe Verfolgungen der Arbeiterorganisationen und andere; außenpolitischer Natur, wie das immer wiederholte Zu-Kreuze-Kriechen vor englischen Forderungen, die Anerkennung der britischen Herrschaft über den Sudan (ausgesprochen durch Entsendung eines offiziellen Regierungsvertreters zur Feier der Eröffnung des Sennar-Dammes im Sudan, wo nur die englische Fahne wehte), die Abtretung von Dschagaboub an die Italiener, die Anerkennung des britischen Mandats über Palästina — — dies alles goß Wasser auf die Mühlen der nationalrevolutionären Bewegung, an deren Spitze sich immer schärfer aufs neue die Partei Zaghluls zu zeichnen begann.

Im Herbst 1925 wurde Aegypten überdies von einer schweren Wirtschaftskrise heimgesucht, die die Erbitterung des Volkes gegen Ziwar noch beträchtlich steigerte. Der 21. November 1925 war dann auch der große Wendepunkt in der ägyptischen Politik. Zaghlul beruft mit den zwei kleineren ägyptischen Flügelparteien, den Nationalisten und den Liberalkonstitutionellen das aufgelöste Parlament ein und tritt damit in offenen Konflikt gegen die Regierung. Nunmehr wird die Regierung untereinander zu Rückzügen gezwungen. Sie muß zunächst Neuwahlen ausschreiben, nachher ihr eigenes persönliches Wahlrecht gegen das frühere allgemeine Wahlrecht vertauschen, schließlich zugeben, daß Beamte, die gegen ihre Direktiven im Sinne Zaghluls handelten, auf ihre Posten zurückberufen werden.

Im März unmittelbar vor den Wahlen versucht Ziwar einen letzten Streich. Er inszeniert einen Monstreprozeß gegen sechzehn der angesehensten Zaghululisten, die er mit terroristischen Organisationen in Verbindung bringt, und erreicht es tatsächlich, daß unmittelbar vor den Wahlen die Schuld der Angeklagten als erwiesen angenommen und einer von ihnen zum Tode verurteilt wird. Aber dieses letzte Bluturteil hat gerade die umgekehrte Wirkung. Nun erst triumphiert bei den Wahlen am 21. Mai die Partei Zaghlul Paschas. Sie erhält von den 215 Mandaten über 150 (die Zählung ist noch nicht abgeschlossen). Die zwei mit ihr verbündeten Flügelparteien erhalten weitere 30 Mandate, während die Ittehadisten ... nur Mandate erhalten, nachdem sie sich in etwa 150 Wahlkreisen zum Wahlkampf gestellt hatten.

Das einzige, was schon jetzt über den Wahlsieg Zaghluls gesagt werden kann, ist, daß er eine imposante Manifestation des ägyptischen nationalrevolutionären Willens darstellt. Das ägyptische Volk hat gegen Ziwar Pascha und damit gegen Großbritannien votiert und dadurch wieder einmal, wie in den Jahren 1918/19 und 1924 seinen klaren Wunsch zum Ausdruck gebracht, die wirkliche vollkommene Unabhängigkeit zu gewinnen.

Die englischen Zeitungen erörtern schon seit längerem die Frage, ob Großbritannien in neue Verhandlungen mit Zaghlul, der es vor zwei Jahren so brutal stürzte, eingehen kann. Eine konstitutionelle Regierung ist in Aegypten ohne Anteil des Wafd nicht denkbar. Das Fortdauern unkonstitutioneller Zustände schafft aber Konfliktsstoffe, die, wie die Engländer sehr gut wissen, über kurz oder lang zu blutigen Ausbrüchen Anlaß geben müssen. Anderseits hängt sehr vieles von der Haltung des Wafd selber ab. Die weitere politische Entwicklung Aegyptens wird zum großen Teil davon bestimmt werden, ob innerhalb der Wafd-Nationalpartei, als die sich der Wafd neuerdings erklärt hat, deren kapitalistische Rechte oder der kleinbäuerlich-radikale linke Flügel die Oberhand behält.

Genosse Radek über Pilsudski

In einem „Napoleon IV.“ betitelten Leitartikel der „Prawda“ analysiert Radek die Taktik Pilsudskis. Radek bezweifelt die Erklärung Pilsudskis und seine Bemühungen, „die vollzogenen Tatsachen zu legalisieren“ und fragt, ob sich Pilsudski dem Willen der Nationalversammlung unterordnen wird, wenn sich nicht nur nicht die vollzogenen Tatsachen „legalisieren“, nicht nur keinen Präsidenten nach Pilsudskis Willen wählen, sondern sogar die von Pilsudski eingesetzte unfähige Regierung vertreiben und ihn selber zur Ordnung rufen wird.

Radek sieht im Vorgehen Pilsudskis keine schlauen Absichten, sondern nur eine typische Erscheinung der politischen Grundsatzlosigkeit Pilsudskis. Nach der Meinung Radeks charakterisiere die wahre Position Pilsudskis am besten dessen Kommandant, der erklärte, daß die von Pilsudski eingeleitete Bewegung keine soziale Grundlage habe, daß der Marschall eben keine Revolution dachte und nicht wußte, wohin sein Vorgehen führen würde.

Die unzufriedenen Massen Polens sympathisierten mit Pilsudski, soweit er sich gegen die reaktionäre Regierung erhob. Die Soldaten Pilsudskis zogen in den Kampf gegen die das Vaterland verteidigenden Junker mit der Losung: „Nieder mit den Panzer“ und bewiesen damit, daß sie sich von Klassenfeindschaft leiten ließen und nicht von der Legende über den Nationalhelden Pilsudski. Pilsudski selbst hegt keine Feindschaft gegen die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer, daher weiß er nicht, was tun. Die Rechte spielt Pilsudski die Rolle eines Diktators im Bürgerkriege, jedoch ist die Diktatur Pilsudskis ein Scherz der Weltgeschichte, aber nur von kurzer Dauer, denn eine ganze Klasse verleiht einem Narren keine Diktatorenrechte.

Die Straße dient der Agitation!

Jeden Straßenpassanten mit unserer Agitation treffen, das muß das Ziel unserer Arbeit sein. Es genügt durchaus nicht, wenn hie und da Plakate geklebt, Flugblätter verteilt und Transparente getragen werden. Wir müssen noch sehr viel lernen von der kaufmännischen Warenreklame, die besonders in Amerika entwickelt ist. Uns fehlen zwar die riesigen Mittel, die für Gibelreklame, Lichtreklame, Anschläge usw. von den Kapitalisten aufgewandt werden. Aber wir haben ein riesiges Heer freiwilliger Helfer, die, wenn entsprechend organisiert, den Mangel an Mitteln aufheben.

Wie bei jeder Agitation kommt es vor allem darauf an, die Werbearbeit planmäßig zu gestalten und jede, auch die kleinste Möglichkeit auszunutzen.

Der Erfolg der Straßenagitation liegt in der Vielseitigkeit und der öfteren Wiederholung:

Plakate an den Häusern — Handzettelverteiler mit Standarten an den Verkehrspunkten — Autos und Lastwagen mit unseren Parolen — Plakate in den Schaufenstern der Läden — Radfahrerkolonnen — Kolonnen von Standartenträgern, evtl. mit Trommeln usw. usw.

Ein solch konzentrischer Angriff auf die Gehirne der Massen wird Erfolg haben, wird unsere schlagwortartige Losung: „Keinen Pfennig den Fürsten“ bekannt machen, wird dazu führen, daß unsere Agitation Stadtgespräch wird.

In jeder Ortsgruppe, jeder Zellengruppe müssen sofort die notwendigen Agitationslokale eingerichtet werden.

Außenansicht eines Berliner Agitationslokals beim Volksbegehren.

Diese Lokale sind die Zentren unserer ganzen Werbearbeit, Treffpunkte aller Genossen und Sympathisierenden für die Wahlarbeit.

Die Straßenfront des Lokals muß in den Dienst der Werbearbeit gestellt werden, dazu gehört:

Ueber die Fenster und den Eingang zum Lokal ein großes Transparent: „Keinen Pfennig den Fürsten!“ — abends möglichst erleuchtet.

Volksentscheid

20

So muß ein jeder Stimmzettel gezeichnet werden

Keinen Pfennig den Fürsten!

Abdruck eines kleinen Plakats, das vor allem in Hauseingängen geklebt werden soll. Größe: 23 × 36 cm. Preis für Nachherstellungen: 60 St. 1 M., 150 St. 2 M.

Zu beiden Seiten des Transparents je eine rote Fahne.

In jedem Schaufenster unser Bildplakat für den Volksentscheid, und das Plakat: „Hier Agitationslokal der Kommunisten!“

Nach Möglichkeit täglich die Parteizeitung, evtl. — wenn Platz vorhanden — auch Arbeiter-Illustrierte und Knüppel, daneben Photographien aus der Bewegung aushängen. (Schaukasten anfertigen.)

In den Agitationslokalen ein kleines Büro einrichten. Verantwortlichen Leiter bestimmen, der über alle Fragen Auskunft geben kann. Abonnentenscheine müssen zur Stelle sein. Zum Verkauf sind Broschüren und Zeitungen auszulegen. (betzl. Sammellisten und Werbekarten).

Der Kampf ums Recht — ein Kampf um die Macht!

Am 20. Juni gehen die Millionen Wähler und Wählerinnen zur Abstimmung. Sie sollen entscheiden darüber, ob den abgesetzten oder davongelaufenen deutschen Fürsten Geld und Werte von drei Milliarden Goldmark ausgeliefert werden sollen. Sie müssen einem Gesetzentwurf zum Siege verhelfen, der diesen Fürstenraub verhindern soll; dem Gesetzentwurf für entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen.

Zum Kampf gegen diesen Gesetzentwurf haben sich alle reaktionären Kräfte zusammengefunden. Dieselben Parteien, die leichtfertig und gewissenlos Millionen deutscher Staatsbürger enteignet haben, stellen sich schützend vor die ehemaligen Fürsten, versuchen mit allen Mitteln der amtlichen Sabotage, des politischen und sozialen Terrors den Sieg des Volksentscheids zu verhindern.

12½ Millionen deutscher Wähler haben sich im Volksbegehren für die Enteignung der Fürsten erklärt. Brutal und zynisch erklären die Vertreter der deutschen Schwerindustriellen und des Finanzkapitals, die die deutsche Reichsregierung bilden, daß der vorliegende Gesetzentwurf ungerecht und verfassungsändernd sei. Die deutsche Bourgeoisie zeigt damit, daß sie auf ihre eigene Verfassung pfeift, wenn sie ihr bei der Durchführung ihrer reaktionären Pläne im Wege steht. Durch die Androhung der offenen Diktatur, durch Vorbereitungen illegaler Putsche und des Staatsstreiches wird den Millionenmassen der Werktätigen in Deutschland die Erkenntnis eingehämmert, daß der Kampf für Enteignung der Fürsten zugleich ein Kampf gegen diese Regierung und gegen diesen Reichstag ist.

Wilhelm von Hohenzollern bekommt seit Jahren vom preußischen Staat 50 000 Mark monatlich ausbezahlt. Ein Berliner Erwerbsloser mit Frau und zwei Kindern erhält 15 Mark die Woche. Die in den Jahren 1919—23 den Fürsten bereits ausbezahlten Abfindungen wurden durchschnittlich um 700—1400 Prozent aufgewertet. Die Aufwertung für die enteigneten Sparer und Rentner beträgt 2½ bis 12 Prozent.

Trotzdem spricht der Beschluß des Reichsparteivorstandes des Zentrums von einem Kampf gegen das Recht, das durch den Volksentscheid verletzt wurde. Es ist das Recht der fürstlichen und kapitalistischen Blutsauger auf Ausplünderung der notleidenden Bevölkerung, das die Zentrumshüter im treuen Verein mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in Gefahr sehen. In Wirklichkeit ist der Kampf der Fürstenknechte gegen die Enteignung ein Kampf um die Macht. Die Kriegskasse der monarchistischen Bewegung soll nicht angetastet werden, der Raub von Jahrhunderten soll den Fürsten bleiben. Dieselben Kreise, die die schwarz-weiß-rote Flagge gehißt haben und die in Hindenburg den Vertreter der Monarchie beweihräuchern, setzen sich ein gegen den Volksentscheid.

Mit um so größerer Wucht muß der Volksentscheid zum Siege geführt werden. Die ausgehungerten Erwerbslosen, die schlechtbezahlten und über die Grenze der physischen Leistungsfähigkeit hinaus ausgebeuteten Arbeitermassen, die enteigneten Sozial- und Kleinrentner, die unter dem Steuerdruck leidenden Klein- und Mittelbauern, die vom Elend bedrohten Beamten der untersten Gehaltsstufen, die abgebauten Angestellten, die vom Großkapital in ihrer Existenz bedrohten Kleingewerbetreibenden müssen sich zusammenschließen, zu einem eisernen Block aller Werktätigen gegen die Fürsten und die Diktaturpläne der Reaktionäre. Eine Niederlage des Volksentscheids würde nicht nur den Fürsten die drei Milliarden geben, sondern gleichzeitig die Reaktion zu weiterem Vorstoßen ermuntern.

Die Pläne auf Abschaffung des Vereins- und Versammlungsrechts, Verschlechterung des Wahlrechts, Beseitigung des Volksentscheids, Abbau der Erwerbslosenunterstützung, das Ausnahmegesetz gegen die arbeitende Jugend, liegen bereits dem Reichstag vor. Der Galgen des Ausnahmezustandes soll aufgerichtet werden. Zum Volksentscheid wird auch über die reaktionären Absichten der deutschen Bourgeoisie mit abgestimmt. 25 Millionen Stimmen für die Enteignung der Fürsten sind der stärkste Schlag gegen die Reaktionäre.

Aber die Abstimmung allein genügt noch nicht. Jetzt schon muß der Zusammenschluß erfolgen zum Kampf gegen den Vorstoß der Reaktion auf der ganzen Linie. Die Schaffung von Einheitskomitees aus allen werktätigen Schichten der Bevölkerung muß überall erfolgen.

Die Führung in diesem Kampfe liegt bei den breiten Arbeitermassen. Die Arbeiter müssen sich zusammenschließen zur Einheitsfront gegen die Fürsten und Fürstenknechte. Die Kommunistische Partei hat bereits im Volksbegehren aufgerufen zur Schaffung von Einheitskomitees in Betrieben und Gewerkschaften. Gegenüber der werdenden Aktivität aller Konterrevolutionären Kräfte ist dieser Zusammenschluß im Volksentscheid eine gebieterische Notwendigkeit.

Nur eine mächtige Volksbewegung kann den Sieg im Volksentscheid erringen und den reaktionären Ansturm zurückschlagen. Diese Volksbewegung gilt es jetzt zu schaffen!

Ihr Ziel muß sein der Sieg im Volksentscheid, der Sturz der Regierung Marx, die Auflösung des Reichstages. Wenn Stresemann erklärt, daß sich keine Regierung finden wird, die die Enteignung der Fürsten durchführt, so müssen ihn die werktätigen Massen eines anderen belehren. Sie müssen den Kampf aufnehmen für die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland, die nicht die Interessen der ehemaligen Fürsten und ihrer großkapitalistischen Bundesgenossen wahrt, sondern den revolutionären Kampfeswillen der werktätigen Schichten vertritt und ausführt.

An die Arbeit, daß der Sieg im Volksentscheid zum wuchtigen Schlag gegen die Fürsten und Fürstenknechte wird.

25 Millionen Wähler müssen am 20. Juli ihr Kreuz in dem mit Ja bezeichneten Kreis des amtlichen Stimmzettels setzen.

Schafft die Einheitsfront, werbt und agitiert, dann wird der Sieg unser sein!

Keinen Pfennig den Fürsten!

Ueber 70 Anklagepunkte gegen den Justizverbrecher Jürgens

Die Voruntersuchung gegen den Justizverbrecher Jürgens hat bis jetzt ergeben, daß in über 70 Punkten Anklage erhoben werden muß. Die schwersten Fälle sind die vorgetäuschten Einbrüche in die eigene Wohnung, um Versicherungsgesellschaften zu betrügen. Außerdem wird Anklage wegen Meineids erhoben werden müssen. Trotz dieser zahlenmäßig hohen Anklagepunkte hat es die Staatsanwaltschaft bisher peinlich vermieden, auch die politischen Fälschungen und Amtsverbrechen des Jürgens zu untersuchen. Es scheint, daß die Staatsanwaltschaft auf Weisung von höherer Stelle handelt, denn man will die proletarischen politischen Gefangenen, die auf Grund der Fälschungen und Amtsverbrechen des Jürgens verurteilt wurden, weiterhin in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten lassen.

Außerdem werden die Versuche fortgesetzt, den Justizverbrecher Jürgens auf Kosten seiner Frau zu entlasten. Es wird behauptet, daß die Hauptschuld oder gar die „Alleinschuld“ auf Frau Jürgens falle. Wir weisen diese infamen Machenschaften zurück und fordern, daß endlich die Amtsverbrechen des Jürgens untersucht und seine Opfer befreit werden.

„Die Einheit“ neu erschienen!

„Die Einheit“ Nr. 9 bringt diesmal eine Reihe Artikel bekannter sozialdemokratischer Genossen, die einen sehr interessanten Einblick in die wachsende oppositionelle Stimmung gegen die Politik der Parteiinstanzen gewährt. Ihre Operhagen schreibt über die Frage: „Wo muß mit der Einheit begonnen werden?“ und kommt zu dem Schluß: „Weniger von der Einheit reden, mehr Taten für die Einheit zeigen! In den Betrieben untereinander mehr Fühlung nehmen und kräftig nach links ziehen.“ Ein Artikel zum englischen Bergarbeiterkampf von Val. Dresden behandelt die Frage: „Warum haben die englischen Arbeiter im Generalstreik nicht gesiegt?“ Die Auswirkungen der deutschen Wirtschaftskrise auf die Arbeiterklasse werden in einem Artikel „Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskrise“ von W. P. Chemnitz sehr gut beleuchtet, und gleichzeitig wird die Frage beantwortet, ob nach den bisherigen Erfahrungen an der Illusion der Wirtschaftsdemokratie festgehalten werden kann. In einem sehr interessanten Brief eines Arbeiters aus dem Ruhrrevier kommt die Stimmung breiter Arbeitermassen über das Problem auf Einheit zum Ausdruck. Unter der Ueberschrift „Bewußte Irreführung“ wird eine Antwort des russischen Metallarbeiterverbandes auf die Anschuldigung der Metallarbeiterzeitung vom 17. April 1926 veröffentlicht. Bekanntlich sollte nach der Metallarbeiterzeitung der Vorsitzende des russischen Verbandes auf dem Verbandstage des russischen Metallarbeiterverbandes über die Lage der Arbeiterschaft in Deutschland die unsinnigsten Gerüchte verbreitet haben. In dem Artikel werden diese Behauptungen auf das restlose widerlegt. Zwei weitere Artikel gehen über die Lage der russischen Arbeiterschaft Aufschluß. Die Zeitung kostet 20 Pfennig und ist für jeden klassenbewußten Arbeiter eine unentbehrliche Waffe.

Dresden

3. Juni 1925: Blutige Straßenkämpfe in Schanghai. — **1923: Kommunistische Riesendemonstration gegen Faschistenterror in Berlin.** — 1921: Prozeß gegen die italienischen Revolutionäre Sacco und Vanzetti in Amerika. — **1917: Aufruf des russischen Sowjets „An alle Völker der Welt" zur Herbeiführung eines Friedens „ohne Entschädigung und Annexionen".**

Was wir den Frauen zum Volksentscheid zu sagen haben

Von Stadtv. Dorothea Wettengel.

Verhältnismäßig kurze Zeit nur trennt uns noch von einem Tage, dessen Ergebnis wieder einmal blitzartig die Stimmung und das Maß politischer Erkenntnis innerhalb breiter Volksmassen beleuchten wird. Ausschlaggebend werden dabei die Stimmen der Frauen sein. Deshalb müssen wir uns in dieser Zeit der Vorbereitung ganz besonders an die Frauen wenden und sie auf die Bedeutung und Verantwortlichkeit ihrer Stimmabgabe aufmerksam machen. Dieselbe Erkenntnis haben natürlich auch andere Kreise, und so sind sämtliche bürgerliche Blätter und Organisationen einschließlich der Kirche eifrig bemüht, die Bevölkerung und besonders die Frauen zugunsten der armen, fortgelaufenen Fürsten zu beeinflussen. Man tut dies sehr geschickt und auf verschiedenste Weise. Ganz richtig rechnet man dabei mit der leider noch in ziemlichem Umfange vorhandenen Religiosität der Frauen und einem an und für sich richtigen und löblichen Gerechtigkeitsgefühl, das sich gern auf die Seite des Unterdrückten stellt.

So wendet sich z. B. der evangelische Kirchenrat in einer Kundgebung an die Gemeinden, in der es u. a. heißt: **Es handelt sich für uns nicht um Parteien oder Politik — die evangelische Kirche steht über den Parteien und hält sich fern von jeder politischen Stellungnahme —, sondern es handelt sich für uns allein um Forderungen des christlichen Gewissens und des Wortes Gottes.** Diese Forderungen erscheinen uns hier wie überhaupt vielfach in unserem öffentlichen Leben auf das bedenklichste gefährdet. Für sie jederzeit einzutreten, ist Pflicht der Kirche. Treue und Glauben werden erschüttert, **die Grundlagen eines geordneten Staatswesens untergraben (!),** wenn einzelne Volksgenossen ihr ganzes Vermögen entschädigungslos weggenommen werden soll. „Evangelische Christen, laßt uns in der großen Verwirrung der Geister den klaren Blick und festen Mut und das gute Gewissen bewahren, laßt uns festhalten an den heiligen Geboten Gottes, an Wahrheit und Gerechtigkeit."

Wie sieht es mit diesen „heiligen Geboten" bei anderen Gelegenheiten aus? Wer segnete 1914 die Mordwaffen, als uns unser ganzes Vermögen — nämlich unsere Männer, Väter, Söhne, Brüder — „entschädigungslos" weggenommen wurden? Was machte man aus den Kirchenglocken, die sonst so schön „Friede auf Erden" läuteten? „Auge um Auge, Zahn um Zahn" predigte jetzt die Kirche, anstatt „Liebet eure Feinde" und „Du sollst nicht töten!" Für „einzelne Volksgenossen", die ein Leben in Ueberfluß und Ueppigkeit hinter sich haben und die das Wort „Arbeit" nur vom Sprachgebrauch her kennen, setzt man sich jetzt mit heiligem Eifer ein, nachdem man dem qualvollen Untergang von Millionen jahrelang seelenruhig zugesehen und dazu den Segen gesprochen hat! Wahrlich, es gehört „fester Mut" dazu, dem Volke auch das noch zu bieten! Schaut um euch, ihr Frauen! Zählt eure Toten, eure Krüppel, eure verhungerten und elenden Kinder, schaut hinein in die Höhlen, wo man nicht „einzelne Volksgenossen", sondern Massen zusammenpfercht, lauscht dem Schrei der hungernden Arbeitslosen, hört das Stöhnen der verhungernden Alten, **und dann seid gerecht: gebt den Fürsten diese Millionen nicht!!!** Man hat euch alles geraubt, euer arglosES Vertrauen und eure heiligsten Gefühle hat man schändlich mißbraucht, wacht endlich auf und erkennt euren Gegner! Betrachtet jeden einzelnen als euren persönlichen Feind, der den Fürsten ihr sogenanntes „Eigentum" lassen will, denn derjenige will nicht, daß euren Kriegskrüppeln ausreichende Renten, euren unterernährten kranken Kindern Erholungsheime in Schlössern und Palästen, den Erwerbslosen ausreichende Unterstützung zuteil werde! Laßt euch nicht beirren durch Phrasen und schöne Worte, verfallt keiner Gefühlsduselei, **die Not von Millionen fordert gebieterisch:**

„Keinen Pfennig den Fürsten!"

Sonnabend, Kunstlerhaus, abends 7,30 Uhr,

Rote Kundgebung für den Volksentscheid

der **„Roten Truppe" Strzelewicz.** — Am Freitag, 7,30 Uhr, im „Lindengarten", Nähnitz.

Für Dresden: Vorverkauf 75 Pf., Abendkasse 1 Mk.

KPD.

Die Vorverkaufsstellen für den „Roten Kunstabend" am Sonnabend sind: Buchhandlung Groß, Jakobsgasse, Buchhandlung Bellmann, Gr. Meißner Gasse, Schokoladengeschäft Blochwitz, Markgraf-Heinrich-Straße, Schokoladengeschäft Eisenberg, Schäferstraße, Uhrmacher Herrmann, Görlitzer Straße, Sekretariat der IAH., Güterbahnhofstraße.

Kaufmannsgericht

Die Weltfirma Gehe u. Co. schikaniert nicht.

Der Schwerkriegsbeschädigte Lessing trat im Jahr 1924 bei obengenannter Firma in Arbeit. Gehalt erhielt er nach Gruppe 4 des Tarifes für Angestellte in der chemischen Industrie. Lessing sollte auf Grund seiner Kriegsbeschädigung nur mit leichten Arbeiten beschäftigt werden. Da Lessing aber Fachmann war (Drogist), verwendete die Leitung der Firma ihn für entsprechende Arbeiten. Den Lohn, den Lessing für diese Arbeiten zu beanspruchen hatte, erhielt er natürlich nicht. Erst das Kaufmannsgericht verhalf ihm dazu.

Nun kommt das Bezeichnendste!

Mittags 12 Uhr war das Urteil gefällt. Um 1 Uhr wollte Lessing seine Arbeit wieder antreten, aber — die Vertreter der Firma, die vor dem Kaufmannsgericht sich als humane Menschenfreunde hinzustellen versucht hatten, hatten bereits die — Versetzung Lessings durchgesetzt! Jetzt wurde er zur **Strafe nur mit leichten Arbeiten beschäftigt, noch dazu in einem Zimmer,** wo der Wind aus allen Ecken pfiff! Natürlich ließen die Vorgesetzten es nicht an ironischen Bemerkungen fehlen, Filzschuhe wollte man ihm bringen usw. Die **Versetzung erfolgte vor allem deswegen, um der vom Kaufmannsgericht** verlangten Bezahlung nach Gruppe 3 zu entgehen. Um der — sicher beabsichtigten — fristlosen Entlassung zu entgehen, verrichtete Lessing diese Arbeiten. Er verlangte aber weiterhin Bezahlung nach Gruppe 3. Die Firma lehnte dies unter Hinweis auf die jetzt von ihm verrichtete Arbeit ab. Darauf erfolgte wieder Klage. Die Vertreter der Firma mußten es sich bei der Verhandlung gefallen lassen, daß der Beistand des Klägers Heinze vom ZdA. das Verhalten der Firma bei Lohnherabsetzungen, sowie die — von ihnen bestrittenen — Schikanen gebührend brandmarkte.

Urteil: Die Firma Gehe u. Co. muß dem Kriegsbeschädigten Lessing den Gehalt weiterhin nach Gruppe 3 bezahlen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß die Firma wohl das Recht der Versetzung habe, dadurch aber keinesfalls eine Verdienstminderung eintreten darf.

Ratsverordnung zum Volksentscheid

Auf Grund von § 4 Satz 2 des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 bringen wir nachstehend eine Verordnung des Reichsministers des Innern zur öffentlichen Kenntnis.

Die Auslegung der Stimmkarten wird in der Zeit vom 6. bis 13. Juni 1926, **wochentags von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends,** an den **Sonntagen von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags,** an den noch bekanntzugebenden Stellen stattfinden.

Dresden, den 2. Juni 1926.

Der Rat zu Dresden.

Volksentscheid

1. Der Reichsminister des Innern hat in Nr. 113 des Reichsanzeigers folgende Verordnung erlassen:

Verordnung zur Durchführung eines Volksentscheids.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 (RGBl. S. 790) und des § 18 der Reichsstimmordnung vom 14. März 1924 (RGBl. I 1924 S. 173) wird auf Beschluß der Reichsregierung hiermit verordnet:

§ 1.

Nachdem der Reichstag in seiner Sitzung vom 6. Mai 1926 den im Volksbegehren verlangten, aus der Anlage ersichtlichen Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen abgelehnt hat, wird dieser Gesetzentwurf zum Volksentscheid gestellt.

Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden soll.

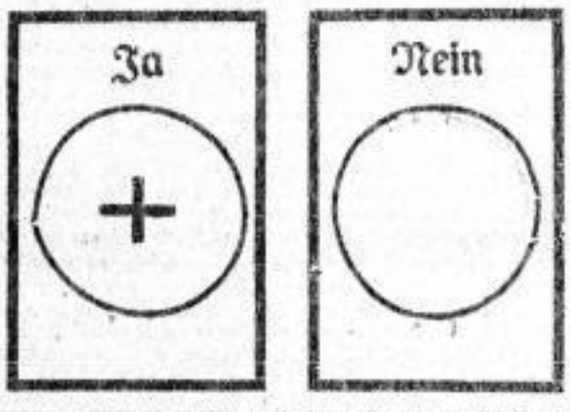
§ 2.

Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. Juni 1926, statt.

§ 3.

Der Stimmzettel erhält folgenden Aufdruck:

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden?



Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja", der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit „Nein" bezeichnete Viereck durchkreuzt.

§ 4.

Die Stimmlisten und Stimmkarteien sind vom 6. Juni 1926 bis einschließlich 13. Juni 1926 auszulegen. Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher bestimmen lassen.

Berlin, den 17. Mai 1926.

Der Reichsminister des Innern.
Dr. Külz.

Der Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut:

Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen.

Das deutsche Volk hat auf Volksbegehren im Volksentscheid das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

Auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung wird bestimmt:

Artikel I.

Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstenhäuser, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstenhaus bis zu seiner Absetzung oder Abdankung regiert hat.

Artikel II.

Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten
a) der Erwerbslosen,
b) der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen,
c) der Sozial- und Kleinrentner,
d) der bedürftigen Opfer der Inflation,
e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner, sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Artikel III.

Alle Verfügungen — einschließlich der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen —, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

Artikel IV.

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb 3 Monaten nach amtlicher Feststellung des Abstimmungsergebnisses zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Artikels II dieses Gesetzes über die Verwendung der enteigneten Fürstenvermögen durch die Länder zu treffen.

Stadtverordneter Blumentritt wegen Verleumdung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt

Die Vorgänge in der demokratischen Versammlung am 29. September, die mit wüsten Radauszenen Deutschvölkischer „dekoriert" war, wurden in einer am Dienstag vor dem Dresdner gemeinsamen Schöffengericht beleuchtet. Dort stand unter der Anklage der öffentlichen Beamtenbeleidigung der deutschvölkische Stadtverordnete Blumentritt.

Er wurde beschuldigt, dem früheren Bürgermeister und jetzigen Reichsminister Külz den Vorwurf der Bestechlichkeit gemacht zu haben.

Interessant war die Schilderung des Auftretens der „völkischen Erneuerer". Eine Skandalszene hatte sich dort an die andere gereiht und Herr Blumentritt hat sich als wilder Zwischenrufer eifrig betätigt. Jetzt bestritt der tapfere Held natürlich die Tatsache. Durch Zeugen wurde er jedoch überführt und trotz seiner Bitte um Freispruch wegen verleumderischer Beleidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Dresdner Stammtisch „Treu-Deutsch"

In der „Taberna", Friesengasse Ecke Moritzstraße, kommen täglich einige „Alte Herren" zusammen, denen man die „Unbekömmlichkeit" während des Stahlbades auf 20 Meter Entfernung ansieht. Kaum hat der erste sich „wuchtig auf einen Sessel geworfen, so bringt der „Ober" eilfertig ein schwarz-weiß-rotes Tischfähnchen „Stammtisch Treu-Deutsch". Und dann geht die „Politik" los „Uns kann nur die Arbeit retten!", spricht der Herr Klempnermeister, „ich werde von jetzt ab täglich wieder 3 Stunden mitarbeiten". Der Schneidermeister hat einen Pump bei einem „Juden" aufgenommen und schimpft deshalb mordsmäßig. Ein pensionierter Beamter schimpft auf die „Judenrepublik", die seine Verdienste nicht anerkennen will. Und plötzlich fällt das Wort „Volksentscheid". Da werden die Gesichter rot, die Schnauzbärte sträuben sich. Der Schneider kräht, während seine Stimme überschlägt: „Eine Schande, 12 Millionen rennen diesen roten Schurken nach, jetzt sollen die herrlichen Schlösser zu Schweineställen gemacht werden!"

Es ist nur zu schade, daß genügend Arbeiter diese Leute nicht hören konnten. Heime für proletarische Kinder — das sind im Idiom dieser „Teutschen" Schweineställe! Diesem Gesindel gegenüber sticht die ungeheure Masse der Kleinbürger erfreulich ab, die, ihre Lage erkennend, sich mit der Arbeiterschaft verbunden, den Kampf gegen die Auspowerung der deutschen Werktätigen durch räuberische Fürsten und ihre Lakaien aufgenommen haben.

Kinderfürsorge durch Eisenbahnbeamte. Obwohl der Verein **der Beamten der vorm. Sächs. Staatseisenbahnen** sich erst gegen Ende des vorigen Jahres der gesundheitsgefährdeten Eisenbahnkinder hat annehmen können, ist dieser jüngste Zweig seiner Wohlfahrtsbestrebungen doch schon zu beachtlicher Blüte gelangt. Als Erfolg kann gebucht werden, daß im Mai allein sechzig Eisenbahnerkinder vom Verein in Erholungsheime geschickt worden sind und zwar je zehn Kinder nach Rappenau, Grub in der Schweiz, St. Peter an der Nordsee, Niendorf an der Ostsee, Bad Oldesloe und Bad Kreuznach.

Georg-Arnhold-Bad. Das Georg-Arnhold-Bad ist ab Freitag, den 4. Juni dieses Jahres, von früh 7 bis abends 9 Uhr ununterbrochen geöffnet. Die Eintrittspreise betragen für Erwachsene 20 Pfennig, für Jugendliche 20 Pfennig und für Kinder 10 Pfennig. Die Badezeit ist unbeschränkt.

Häuseranstrich. Der Rat macht darauf aufmerksam, daß der farbige Abtrag oder Anstrich von Schauseiten oder Teilen von solchen an öffentlichen Verkehrsräume, insbesondere von Eingeschossen, Läden, Einfriedigungen und dergleichen anzeigepflichtig ist. Zur Vermeidung der wirtschaftlichen Nachteile, die ein Einschreiten des Rates zur Folge haben müßte, wird den Grundstücksbesitzern und Reklametreibenden empfohlen, rechtzeitig eine Woche vorher, den Beginn der Arbeiten und insbesondere den Ansatz von Farbproben schriftlich oder mündlich dem Bauamt, zeiamte (Reklameabteilung Zimmer 136a/136) anzuzeigen.

Langebrück. Am vergangenen Sonntag veranstaltete der Sportkartell Langebrück einen Sportfestzug im Rahmen des Reichsarbeitersporttages. Derselbe wurde eingeleitet in den frühen Morgenstunden durch einen Weckruf des Gruppenspielmannszuges. Anschließend fanden im „Germaniabad" leichtathletische Uebungen der Turner statt. Den Abschluß des Vormittagsprogramms bildete eine Stafette über 5700 Meter. Nach der Mittagspause wurde ein imposanter Festzug durch die reichgeschmückten Straßen unseres Ortes veranstaltet. Dieser Festzug von 500 Teilnehmern dürfte manchem Gegner unserer Bewegung demonstrativ die Stärke unserer Sportsache vor Augen geführt haben. Leider fehlte noch so mancher, der zu uns gehört, der man aber nächsten Sonntag bei dem Militärvereinstummel nicht vermissen dürfte. Der Gedanke des Einigungswillens des Proletariats wurde durch Beteiligung einer Abteilung des Roten Frontkämpferbundes mit Spielmannszug zum Ausdruck gebracht. In dem mit Grün geschmückten Bad fanden lebhaften Beifall die Freiübungen der Kinder und Mitglieder des Arb. Turnvereins, sowie die Gruppen der Arbeiterradfahrer und Liedervorträge des Gesangvereins „Lätitia". Anschließend fand ein Werbeschwimmen der Freien Schwimmer Dresden und Radeberg statt. Möge dasselbe dazu dienen, in unserem Ort der freien Wassersportbewegung die Wege zu ebnen. Auch jener, in stillen schaffenden Gruppe, der Arbeiter-Samariter-Kolonne, sei gedacht, welche sich zu den Veranstaltungen zur Verfügung stellte. Diese erste Veranstaltung des Arbeitersportkartells wird dazu beitragen, unserer Bewegung Achtung zu verschaffen. Ist es auch harter und steiniger Boden, welcher hier bearbeitet werden muß, er wird einst Früchte tragen, eingedenk des Wahrspruchs: „Durch Kampf zum Sieg!" M.

Rundfunk

Freitag, den 4. Juni:

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterdienst. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage (Deutsch und Esperanto) der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle). Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes. 3 Uhr: E. M. Rifferi und Frl. van Eyseren: Spanisch für Anfänger. 3,35 Uhr: Rektor Karfeit: „Die landwirtschaftliche Güterzeugung." 4,30 bis 5,15 und 5,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 6,30—7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7—7,30 Uhr: Vortragsreihe: „Grundbegriffe der Ernährung". 1. Vortrag: Erich George: „Die Stoffe und ihr Verhalten im Organismus." 7,30—8 Uhr: Vortrag: Prof. Glauning, Direktor der Leipziger Universitätsbibliothek: „Die Lage der wissenschaftlichen Bibliotheken." (Am 21. Mai wegen Verhinderung Prof. Glaumings ausgefallen.) 8,15 Uhr: Ein Tag auf dem Lande. Mitwirkende: Das Rundfunkorchester. Dirigent: Alfred Simon. Anschließend (etwa 8,30 Uhr): Pressebericht und Sportfunk. Darauf bis 12 Uhr: „Bauernball", ausgeführt vom Leipziger Rundfunkorchester.

Voraussichtliche Witterung am 4. Juni (Freitag). Abwechselnd heiter und wolkig, etwas kühler, Niederschläge abnehmend, bzw. aufhörend. — **5. Juni (Sonnabend).** Wolkig, bisweilen heiter, etwas wärmer, zunächst trocken, nachher mögl. Regen.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale Dresden. Verantwortlicher Redakteur Willy Schneider, Freital.

Das Blatt der Unsterblichen

und die rote Heerschau in Berlin.

Die sächsischen „Vaterländischen Verbände" haben nicht nur [illegible] Patriotismusquellen, sondern auch einen „unversiegbaren" [illegible] geistigen Lebens. Dieser „Quell der Geistigkeit" ist die in Dresden erscheinende „Sächsische Landeszeitung", ein Wochenblättchen, das erfolgreich die Tradition des bayrischen „Miesbacher Anzeigers" in sächsischer Aufmachung hegt und pflegt. Seine „vaterländische Gummiorgan" hat natürlich auch Stellung zur Roten Heerschau in Berlin (siehe Ueberschrift der „Arbeiterstimme") genommen. Daß es geifert und schimpft, kann man ihm nicht übel nehmen. Wie es aber seine Leser einschätzt, zeigt die Dummdreistigkeit, mit der dieses Blatt einen „Originalbericht" aus Berlin liefert, der den Anschein erwecken soll, als sei der Verfasser wirklich Beobachter des Aufmarsches gewesen. Köstlich ist die Bemerkung, die Roten Frontkämpfer hätten nur [illegible] einen Putsch gemacht, weil „die gesamte Feuerwehr mit Fahrrädern" bereitgestanden hätte. Die sächsischen „Vaterländischen" schließen **zu sehr von sich auf andere.** Selbst der [illegible] Polizeianzeiger muß hervorheben, daß gerade das Charakteristische an der Demonstration der Eindruck war, daß jeder [illegible] Demonstranten getragen wurde „vom eisernen Willen zur Tat". Bis zu dieser Bemerkung aber könnte man glauben, daß das „eigene Kopfarbeit" des Landeszeitungsredakteurs ist. Die folgenden Angaben aber zeigen sich als zusammengeschmierter Mischmasch aus den verschiedensten Blätterveröffentlichungen.

Für es die unverschämte Zahl von „nur etwa 25 000" des sozialdemokratischen Pressedienstes natürlich schmunzelnd herausgreift, karakterisiert nur den Soz. Pressedienst. Beide sind einander wert. „Wir lieben vereint — wir hassen vereint —".

Die alte Tante „Dresdner Nachrichten" borgt der Landeszeitung die „roten Damenhosen". Nur macht die SPZ. aus der [illegible] gesogenen Meldung der „DN.", daß „man beabsichtigte, rote Hosen für den Roten Frauen- und Mädchenbund herstellen zu lassen", gleich eine Tatsache. Die „SPZ." [illegible] daß „die kommunistischen Damen zum erstenmal in [illegible] roten Paradehöschen angerückt waren". Wovon nicht [illegible] Wort ist.

Interessant ist, wie die Landeszeitung um das Wohl und Wehe der Verpflegung der „Rotgardisten" besorgt ist. In seiner Dreschflegelart hätte der Redakteur deutlich, wie die Leute in Berlin [illegible] schlechte Verpflegung schimpften — vergißt aber nach [illegible] die Angaben seines „Originalberichterstatters", überfällt plötzlich von einer guten Idee befallen, die „Arbeiterstimme" aus den Bericht „Rote Heerschau in Berlin" (siehe Ueberschrift der „SPZ.") bringt und schreibt dann plötzlich: „Ganze Bierflaschen, Kübel von Kaffee, Bonbons, Zigaretten und Berge mit Wurstsemmeln gelangten zur Verteilung." Daß [illegible] „eine wütende Drängelei" entstand, ist ebenso wahr wie der Schwindel vom Fluchen auf Thälmann, der „so lange auf sich warten ließ". Wäre der Skribifax in Berlin gewesen, hätte er gesehen, daß Thälmann an der Spitze des ersten Zuges marschierte und den Vorbeimarsch der ersten beiden Züge, der zirka [illegible] Stunden dauerte, abnahm. (Der 3. Zug kam nicht mehr auf [illegible] Platz!) Also „wartete Thälmann auf die Frontkämpfer", [illegible] angekehrt. Am deutlichsten enthüllt sich der Schwindel der „Landeszeitung" aber bei der Behauptung, daß „das miserable Wetter, der strömende kalte Regen wesentlich dazu beitrug, das revolutionäre Feuer abzukühlen", „daß man wie ein Schneider fror, weil der Regen bis auf die Haut ging" und daß man „erbärmlich" war, daß „die Berliner Parteigenossen keinerlei Vorbereitungen getroffen hätten, die durchnäßten Straßenkämpfer zu erquicken". Der liebe Kerl in der Redaktion der „SPZ." hat viel zu herzlich die „Schmerzen der Rotgardisten" mit Schilderungen simulieren. **An den Pfingsttagen hat es nämlich in Berlin gar nicht geregnet!** Nur in der Nacht zwischen Sonntag und Montag längst nach Schluß der Kundgebung im Volkspark gingen Regenschauer nieder. An beiden Tagen herrschte prächtiges Demonstrationswetter! Damit hat sich dieser „Vertreter der sächsischen Meinung" entlarvt. Damit sind auch die lächerlichen Schlußfolgerungen von den „erbitterten Straßenkämpfern" [illegible] Jeder, der in Berlin war, weiß, daß die Aufnahme der auswärtigen Kameraden geradezu begeistert war und daß diese Aufnahme ein leuchtendes Zeichen proletarischer Solidarität [illegible]

Daran können auch die Dreckspritzer des politischen Revolverblattes nichts ändern. Aber eins hat dieser Bericht in der „Sächsischen Landeszeitung" gezeigt — daß die Herren dort tatsächlich Anspruch auf **Unsterblichkeit** haben, getreu dem hübschen Spruch:

„Unsterblich bist du schier,
Und ewig wirst du leben —
Wer keinen Geist besitzt,
Hat keinen aufzugeben!

Eine noch deutlichere Antwort werden wir den Soldschreibern der Konterrevolutionären am kommenden Roten Tag in Dresden geben!

Ueber 2 Millionen

streikender **Bergarbeiter und ausgesperrter Transport- und Metallarbeiter warten auf deine Unterstützung. Deshalb** zeichne am **Freitag auf den Sammellisten der Internationalen Arbeiterhilfe für die kämpfenden und gemaßregelten englischen Brüder.**

Sammellisten liefern die Ortsgruppen der Internationalen Arbeiterhilfe, wo keine bestehen, der Landesausschuß. Alle gesammelten **Gelder sind sofort einzusenden an den Landesausschuß der Internationalen Arbeiterhilfe Dresden** Güterbahnhofstraße 24.

Im Verdacht des Gattenmordes nach 10 Jahren verhaftet

Niederträchtige Ablenkungsmanöver der bürgerlichen Presse.

Am Sonnabend ist der in Großröhrsdorf bei Weißenstein wohnende Sanitätsrat Dr. med. Robert Justus Böhme unter dem dringenden Verdacht, am 22. September 1916 seine dritte Ehefrau vorsätzlich erschossen zu haben, verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugeführt worden.

Dr. Böhmes erste Frau, eine geborene Gehler aus Radebeul, war plötzlich erkrankt und verstorben. Die hinterlassene Tochter erbte von der Mutter 70 000 Mark. Böhme verwaltete das Geld und verbrauchte es teilweise. Die Tochter mußte, als sie heiraten wollte, gegen den Vater erst auf Herausgabe des Geldes klagen. Die von Böhme eingegangene zweite Ehe wurde, weil sie unglücklich war, geschieden. Die Frau der ersten Ehe hatte während ihrer Krankheit öfter bei ihren Angehörigen darüber geklagt, daß ihr der Mann soviel Gift verabreiche. Der zweiten Ehe waren zwei Kinder entsprossen. Eins derselben war eines schönen Tages erstickt. Man vermutete, der Vater habe dem Kinde die Nase zugehalten. Böhme soll angeblich Aeußerungen getan haben, daß er einen männlichen Erben nicht wünsche. Von dem Vermögen seiner zweiten Frau brachte er in kurzer Zeit 20 000 Mark durch. Nach der Scheidung sah sich Böhme nach einer dritten Frau um und heiratete auch bald darauf die Witwe eines verstorbenen Möbelfabrikanten Trips aus der Königsbrücker Straße in Dresden-Neustadt. Auch diese Ehe war nach kurzer Zeit unglücklich. Während seines Urlaubs im Herbst 1916 versuchte Böhme seine dritte Frau um große Geldbeträge zu täuschen. Auf das Drängen der Frau nach Rückzahlung wurde ihr schließlich das Grundstück in Großröhrsdorf im Werte von 17 000 Mark überschrieben. Inzwischen war die Ehe jedoch bereits geschieden. Gelegentlich einer Besichtigung des Grundstücks in Großröhrsdorf hatte Dr. Böhme einen Ausflug nach dem Lederberg angeregt. An einem steilen Abhange ließ er sich den angeblich gelockerten Schnürsenkel eines Schuhes binden. Im Begriff, dies zu tun, erhielt die Frau einen heftigen Stoß. Sie vermochte sich jedoch noch festzuhalten.

Die Frau behauptet, Böhme habe sie den steilen Felsen hinunterstürzen wollen. Nachdem dieser Mordversuch nicht geglückt ist, soll Böhme mit dem Revierförster Winter einen Jagdausflug vereinbart haben. Es wurde dann auch die Frau Böhme überredet. Als diese drei Personen auf der Bienhardorfer Flur waren, trennte sich der Revierförster von ihnen, um einen Seitenweg einzuschlagen. Kaum fünfzig Schritte entfernt, krachte ein Schuß und der Förster sah Dr. Böhme und seine Frau am Boden liegen. **Die gesamte Schrotladung war der Frau ins Gesicht gegangen.** Sie war sofort tot. Böhme ließ seine Frau auf einem Schubkarren nach seinem Kohlenkeller bringen.

Auf eine Anzeige hin wurde damals ein kriegsgerichtliches Verfahren gegen Böhme eingeleitet, das jedoch später eingestellt wurde.

Der Fall kam jedoch nicht zur Ruhe und hat jetzt zu der Verhaftung dieses Offiziers des Gattenmordes bezichtigten Sanitätsrates geführt. Die bürgerliche Pressekanaille, die über diesen skandalösen Fall ausführlich berichtet, spürt, daß es sich hier wahrscheinlich um schwere Verbrechen eines den besten Kreisen Angehörigen handelt. Sie versucht deshalb, den Dr. Böhme bereits jetzt abzuschütteln. Da sich Böhme auch mit Kommunalpolitik beschäftigte und Mitglied des Gemeinderates war, erklären die „Dresdner Neuesten Nachrichten" dreist und frech:

„Dr. Böhme soll sich in den letzten Jahren der kommunistischen Richtung angeschlossen haben."

Wenn auch die „Dresdner Neuesten Nachrichten" nicht zu behaupten wagen, daß Böhme der KPD. angehört hat, so liegt doch die Absicht klar zutage, die Kommunisten für alles bürgerliche Lumpengesindel und jedes Verbrechen verantwortlich zu machen und ihnen nach den Fall Dr. Böhme an die Rockschöße zu hängen. Diese niederträchtige Gemeinheit des bürgerlichen Schmocks muß für jeden Arbeiter Veranlassung sein, dieses Hetzblatt aus dem Hause zu werfen.

Arbeitersport

Zum Wiener Sportfest. Der „Vorwärts" vom 27. April macht zum Wiener Arbeitersportfest im Juli folgende interessante Mitteilung: „Der 11. Juli ist der Hauptfesttag. In der Frühe sammeln sich die Festteilnehmer zum Festzug durch die Ringstraße nach dem Festplatz. Der Zug soll das starke wahrhafte Proletariat versinnbildlichen, und so werden wir den Turnern und Sportlern auch tausende Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes marschieren und mit ihnen vereinigt die Reichsbannerleute aus Deutschland, die in einer Stärke von mindestens 10 000 am 11. Juli nach Wien kommen werden, um praktisch den Anschlußwillen und die feste Entschlossenheit zu bekunden, den republikanischen Gedanken bis aufs äußerste zu verteidigen. 10 000 Turner, 4000 Turnerinnen marschieren dann auf den Festplatz zu den allgemeinen Freiübungen auf." — Die reformistischen Sportführer wollen nach dem „Vorwärts" eine große Sportveranstaltung mit dem Reichsbanner verbinden, obgleich das Reichsbanner bisher noch keine einzige Sportabteilung aufgelöst hat. Die Neutralität des Bundes ist sehr eigenartig. Das Reichsbanner wird nach Wien eingeladen, aber sonst wird bei allen Gelegenheiten gegen diejenigen Vereine vorgegangen, die mit dem Roten Frontkämpferbund Veranstaltungen machen. So nahm man bei der Berliner Gesundheitswoche gegen den Kartellverband Stellung, weil er den RFB. und das Reichsbanner gemeinsam eingeladen hatte. Die Arbeitersportler werden sich bewußt sein, daß sie nach Wien ihre roten Banner mitnehmen müssen, wenn die roten Bundesfahnen nicht von den Farben der Hindenburg-Republik verdrängt werden sollen.

ATL. u. Sp.-V. 2. Bez. 1. Gruppe. Für Sonntag den 6. Juni zum Dresdner Arbeiter-Sportfest ist es Pflicht aller Mitglieder und Jugend, teilzunehmen. 12,30 Stellen im Ostragehege zum Festzug in Sportkleidung. Turner tragen Jackett überm Arm. 3,30 Uhr hat alles hinter Sportcafé zu den Freiübungen anzutreten. Turner und Sportler bei günstiger Witterung mit nacktem Oberkörper. Die Turnerinnen beginnen mit Freiübungen. Nach denselben sofort zum Geräteturnen, riegenweise hinter Sportcafé antreten. 4 Mann von jeder Riege müssen sofort nach Abmarsch der Freiübungen zur Gerätaufstellung hinter dem oberen Tore anwesend sein, währenddem die übrigen riegenweise schon antreten. Genossen, es liegt an euch, das Fest zum Wertmesser der ganzen Arbeitersportbewegung zu stempeln!

Achtung! Fußballvereine, welche dem Dresdner Sportkartell angeschlossen sind, stellen zum Sportfest am 6. Juni auf je 15 Mitglieder einen Ordner. Treffpunkt 12 Uhr Kaumsbahn Sportcafé. Namentliche Meldung bis Sonnabend an Gruppenleiter.

Turnerschaft Striesen. Turnabteilung. Sonnabend den 5. Juni, 7,30 Uhr im „Glashütter Hof" Versammlung. Funktionäre eine Stunde früher. Nachdem geselliges Beisammensein. Sonntag stellen die Striesener Genossen 11,15 Uhr Markgraf-Heinrichplatz, die Johannstädter 11,30 Uhr Dürerplatz.

Fußballabteilung Klotzsche. Sonnabend den 5. Juni, 8 Uhr, „Albertshöhe", Halbjahresversammlung. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Genossen ersucht, restlos zu erscheinen.

Freier Turn- und Sportverein Freital-Potschappel. Die am 4. Juni angesetzte Versammlung wird wegen der Hauptprobe zum Reichsarbeitersporttag auf Dienstag den 8. Juni, 9 Uhr verschoben. Zum Reichsarbeitersporttag den 6. Juni stellt der gesamte Verein 11 Uhr „Frohe Schicht". Abmarsch Punkt 11,30 Uhr.

Arbeitersportkartell Coßmannsdorf und Umgegend. Alle dem Kartell angeschlossenen Vereine stellen sich Sonntag 12 Uhr Sportplatz Hainsberg. Abmarsch Punkt 12,30 Uhr. Den Vereinsvorsitzenden zur Kenntnis, daß die Räderweihe der Radfahrer Coßmannsdorf am 17. und 18. Juli stattfindet.

Arbeiter-Turnverein Niederpesterwitz. Donnerstag den 3. Juni, abends 8 Uhr wichtige Mitgliederversammlung im Restaurant „Bergkeller" bei Mehnert.

Turnspiele

Der 6. Juni ein Tag für die Turnspieler und ihre Anhänger!

Das große Städtetreffen Dresden—Zeitz (Raffball) wird im Rahmen des „Dresdner Arbeiterturn- und Sportfestes" vonstatten gehen, und zwar nachmittags 6 Uhr in der Ilgen-Kampfbahn. Zwei gute Kampfmannschaften werden sich gegenüberstehen. Die Zeitzer verfügen über eine gute Spielstärke, bei ihnen gilt es, die letzterlittene Niederlage in Zeitz wieder wettzumachen, deshalb müssen diese ihr bestes Können an den Tag legen und werden ihre besten Vertreter nach Dresden schicken. Die mit größter Sorgfalt zusammengesetzte Dresdner Mannschaft (bekannt vom Wiener Spiel) wird bestimmt durch ihre imponierende Spielweise gefallen. — Vormittags ab 8,30 Uhr werden auf dem DSB.-Platz die Bezirksmeisterschaften in Faustball für Spieler und Spielerinnen ausgetragen. Spannende Kämpfe zwischen den einzelnen Gruppenmeistern werden sich abspielen, deshalb wird sich ein Weg nach dem DSB.-Stadion lohnend machen. 9,15 Uhr findet ein Propagandaspiel in Trommelball zwischen dem Bezirksmeister Striesen-Jungbannstraße und Striesen statt, welches für gute Leistungen garantiert.

Der 6. Juni muß zu einem markanten Ereignis für die Dresdner Turnspielbewegung gemacht werden, deshalb muß die Losung aller Sportler und Interessenten sein: Vormittags zu den Bezirksmeisterschaftsspielen ins DSB.-Stadion (Heptett.), nachmittags zum Städtespiel in die Ilgen-Kampfbahn, um an der Verschönerung des Festes mit beizutragen und für unsere Turnspielbewegung zu werben.

Turnspiele. Wienfahrer! Der Sonderzug zum Wiener Arbeiter-Turn- und Sportfest verläßt am 7. Juli in den Morgenstunden Dresden. Der Fahrpreis wird gegen 28 Mark betragen. Alle Turnspieler, welche dieses Fest besuchen und sich gern an verschiedenen Spielen beteiligen wollen, werden ersucht, sich sofort zu melden. 1. Vor- und Familienname, 2. Verein, 3. Alter, 4. Art des Spieles und seine Tätigkeit im Spiel. Meldungen sind zu richten an A. Drechsler, Hänichen bei Dresden.

Arbeiter-Radfahrer 7. Bezirk. Sonnabend, 5. Juni, abends 7,30 Uhr in Krilles Gasthof, Döhlen, Bezirksvorstand und Bezirkssport-Ausschußsitzung. Sonntag, 13. Juni, Bezirksausfahrt nach Kreischa. Die Ortsgruppen müssen bis mittags 12 Uhr im Gasthof Lockwitz eingetroffen sein, dann gemeinsame Fahrt nach Kreischa, dortselbst Beteiligung an der Platzweihe des Turn- und Sportbundes. Radfahrer, zeigt durch rege Beteiligung, daß die Ziele des Turn- und Sportbundes die unseren sind. Soll das Erscheinen des Bezirks-Mitteilungsblattes nicht in Frage gestellt werden, müssen die Ortsgruppen rechtzeitig ihren Beitrag an Bez.-Kassierer Genossen Walter Jänichen, Wurgwitz, Postscheckamt Conto Nr. 112798, einsenden. Die Bezirksausfahrt nach Groß-Oelse zur Räderweihe findet umständehalber nicht am 29. August, sondern am 12 September statt.

Die Bezirksleitung.

Wassersportverein Pieschen. Freitag den 4. Juni Sitzung im Restaurant „Zur Börse". Wichtige Tagesordnung. Anfang 8 Uhr.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Pausa. Sonnabend den 5. Juni Halbjahresversammlung im „Gasthof zum heitern Blick".

Harmonie Dresden-N. Sonnabend den 5. Juni findet eine Mitgliederversammlung im „Görlitzer Garten", Görlitzer Straße, statt. Anfang 8 Uhr. — Dienstag den 8. Juni fällt der Spielabend aus. Dafür am 9. Juni gemeinsamer Spielabend bei Hollacks, Königsbrücker Straße.

Sporthaus Kilgel, Dresden, Schäferstraße 19
(Geschäftsstelle des Arbeiter-Turnverlags, Leipzig, Fichtestraße 30)
liefert alle
Turn- und Sportbekleidung, Spielgeräte, div. Bälle, Turn- und Sportliteratur, Plakate; Abzeichen

Versammlungskalender

Kommunistische Partei.

Gemeindevertreter Ostsachsen!

Auf Beschluß der Kompol.-Konferenz haben die Gemeindeverordneten, die mehr als 2 Mark Aufwandsentschädigung erhalten, 5 Prozent ihrer Diäten an die Kompol.-Kasse, und zwar an Stadtv. Arno Lade, Dresden-Neust., Försterstr. 36, Hth. 1., abzuführen.

Kompol.-Leitung.

Donnerstag den 3. Juni

Zschachwitz: 7 Uhr Gruppenabend Schule An der Aue: „Wir und der Arbeitersport".

Freitag, den 4. Juni:

Laubegast: 7,30 Uhr bei Meißners Mitgliederversammlung.

Bannewitz. Abends 7,30 Uhr Frauenversammlung im Amselgrund.

Dobritz. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof Dobritz.

Sonnabend, den 5. Juni:

Neustadt-Ost 3 und 4: 7,30 Uhr gemeinsame Versammlung bei Schimms an der Dreikönigskirche 2. Thema: Roter Tag und seine Bedeutung.

Kommunistischer Jugendverband.

Donnerstag, den 3. Juni:

Altstadt. Abends 7,30 Uhr im Reit. Milch, Fischhofplatz, Gruppenabend. Referat über: Die Weberaufstände. Gäste herzlich willkommen.

Johannstadt: 7,30 Uhr Gruppenabend bei Sammler. Thema: Eugen Levine.

Jung-Spartakus-Bund.

Donnerstag, den 3. Juni:

Pieschen. Gruppenabend im Schweizerhaus. Alle Pioniere müssen erscheinen.

Roter Frontkämpferbund.

Freitag, den 4. Juni:

Groß-Dresden. Alle Abteilungsleiter haben abends 7 Uhr im Gaubureau zu erscheinen.

Lockwitz. Abends 7,30 Uhr in Wilhelms Rest. Versammlung.

Freital. Alle Kameraden stellen sich 6,30 Uhr am „Döhlener Hof" mit Spielmannszug. Gruppenkassierer haben anwesend zu sein.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund.

Freitag, den 4. Juni

Lockwitz. Abends 7,30 Uhr Versammlung in Wilhelms Rest.

Bannewitz. Frauenversammlung im Amselgrund. Beginn abends 7,30 Uhr.

Bautzen. Frauenversammlung in Socoluhorn. Zu Bautzen Abmarsch 7 Uhr abends vom Bahnhof.

Freidenker Pirna. Wir beteiligen uns geschlossen am Reichsarbeitersporttag in Heidenau Sonntag den 6. Juni. Stellen 11,30 Uhr am Volkshaus Pirna.

Feuerbestattungsverein der GpF. Reugersdorf. Sonnabend den 5. Juni, abends 8 Uhr wichtige Besprechung im „Gasthaus zur Tanne".

Dresdner Arbeiter-Sportfest

Veranstaltet vom Kartell für Sport- und Körperpflege am 6. Juni 2 Uhr in der Schwimmkampfbahn - Ilgenkampfbahn, Lennéstraße

Wassersport / Fußball / Turnen / Leichtathletik / Raffball (Dresden-Zeitz) / Rasenradball

Festzug 1 Uhr ab Ostragehege

Eintritt **40** Pfennig, Erwerbslose und Kinder **10** Pfennig — Die Arbeiterschaft wird um Unterstützung durch Massenbesuch gebeten.

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Volksentscheid

Die für die Stadt Freital aufgestellte Stimmkartei zu der am 20. Juni 1926 anberaumten

Abstimmung

liegt in der Zeit vom 6. bis 13. Juni 1926, und zwar an Sonntagen von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags, Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, Mittwochs und Sonnabends von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags an folgenden Stellen zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Stimmbezirk 1—6 mit den im Stadtteil Deuben und Niederhäslich wohnenden Stimmberechtigten in der Verwaltungsstelle C — früheres Rathaus Deuben —, 2. Stock, Zimmer Nr. 6,
„ 7—12 und 16 mit den in den Stadtteile, Potschappel, Niederpesterwitz und Birkig, wohnenden Stimmberechtigten in der Verwaltungsstelle B — früheres Rathaus Potschappel — Zimmer Nr. 6,
„ 13—15 mit den in dem Stadtteil Döhlen und Zauckerode wohnenden Stimmberechtigten im Rathaus, Polizeiwache A,
„ 17—18 für die im Stadtteil Burgk wohnenden Stimmberechtigten im ehemaligen Gemeindeamt Burgk.

Einsprüche gegen die Wahlkartei können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder mündlich unter Beibringung der Beweismittel im Wahl- und Listenamt — Verwaltungsstelle C — angebracht werden. Soweit Einsprüche nicht sofort für begründet zu erachten sind, werden sie spätestens bis zum 17. Juni 1926 erledigt.

Anträge auf Ausstellung von Stimmscheinen werden nur bis **Freitag den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr im Wahl- und Listenamt** entgegengenommen. (§ 11 d. R. St. O.)

Rat der Stadt Freital, am 2. Juni 1926.
Der Wahlvorstand.

— Ottendorf-Okrilla —

Freitag den 4. Juni d. J., abends 8 Uhr im Rathause öffentliche Gemeindeverordneten-Sitzung.

— Bischofswerda —

Die Tuberkulose-Beratungsstunde im hiesigen Stadtkrankenhaus fällt am Donnerstag den 3. Juni 1926 aus. Die nächste Beratungsstunde findet am 1. Juli 1926, nachmittags von 2 bis 6 Uhr, statt. Um eine Ueberfüllung der Beratungsstunde zu vermeiden und Abfertigung aller Besucher möglich zu machen, werden die Besucher aus dem Stadtbezirk Bischofswerda ersucht, sich vorher bei der Wohlfahrtsschwester im Rathaus Zimmer Nr. 5, und zwar am 28. Juni 1926, nachmittags ½3—6 Uhr, anzumelden.

Bischofswerda, am 1. Juni 1926. **Wohlfahrtsamt.**

Zur Wahl des Elternrates für die hiesige Volksschule auf das Schuljahr 1926/27 ist nur ein gemeinschaftlicher Wahlvorschlag eingegangen, so daß sich eine Abstimmung erübrigt. Die Namen der Gewählten sind an der Anschlagstelle im Rathauseingang zu ersehen.

Bischofswerda, am 31. Mai 1926.

Theater am Wasaplatz
Allabendlich 8 Uhr
Die Dollarprinzessin
Operette in 9 Akten von Leo Fall

Tymians Thalia-Theater Täglich 8 Uhr
Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Wo kehren wir heut ein?
beim Schmidt Paul
Wo ist der Cenoese Paul?
Dresden, Lillengasse 25

Starkes Spezial-Kurhade- u. Quarzlicht-Anstalt
für Hydro- und Elektrotherapie, Massage- und Heilgymnastik, Diathermie-Behandlung
Telephon-Anschluß 28921 **Dresden-N.** Bautzner Straße 41
Geöffnet von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr
An allen Krankenkassen zugelassen

Fahrradreparaturen, Rahmenreparaturen, Vernickeln und Emaillieren schnellstens und billigst
Richard Noack, Pirna
Braustraße 6 und Moltkestraße 3

Kinderwagen-Eichhorn
Trompeterstraße 17

Unsere
Kaffee-Werbe-Woche
soll Ihre Aufmerksamkeit auf unsere langjährig erprobten
Gero-Kaffee-Mischungen
zu **3.20, 3.60, 4.00, 4.40** und **4.80 Mk.** das Pfund, lenken.
Wir geben deshalb vom **31. Mai** bis **5. Juni d. J.** bei Einkauf von
½ Pfd. Kaffee 1 Tafel Speise-Schokolade
½ „ „ 1 Paket Gero-Trink-Schokolade
gratis
GERLING & ROCKSTROH
Verkaufsstellen in Dresden-Altstadt:
Annenstraße 16, Augsburger Straße 27, Hüsewitzer Straße 56, Trompeterstraße 4, Bischofplatz 2, Bissewitz, Residenzstraße 54, Hüsewitz, Brückenhäuschen, Freiberger Platz, Ecke Fischhofpl. 23, Freiberger Straße 31, Pillnitzer Straße 24, Prager Straße 38, Webergasse 29
In Dresden-Neustadt: Hauptstraße 16, Leipziger Straße 89
Heidenau: Dresdner Str. 7 — Kötzschenbroda: Moritzburger Straße 8 — Pirna: Schuhgasse — Freiberg: Erbischestr. 6 — Meißen: Marktstr. 9

Prima Rindfleisch Pfund von 60 Pf. an
ff. Hammelfleisch
Schweinefleisch Pfund von Mk 1.20 an
Kalbfleisch Pfund von Mk. 1.10 an
Gewiegtes Pfund von 90 Pf. an
Täglich von 5 Uhr an Warme Würstchen
Sämtliche Wurstwaren in bekannter Güte empfiehlt
Paul Müller, Pirna, Barbiergasse 2

WO? kaufen Sie billige Herren- und Damenstoffe
Tuchgeschäft **J. GRÜNBAUM**
Bautzen, Moltkestr. 18. Tel. 326

Leser
beruft euch bei Einkäufen auf die
„Arbeiterstimme"!

Druck-sachen aller Art liefert
PEUVAG
Dresden, Güterbahnhofstr. 2

Billige u. gute Fahrräder
H.-Räder v. 90 Mk.
D.-Räder v. 115 Mk.
mit 1 Jahr Garantie
Auf Wunsch Teilzahlung
bei bequemen Raten
Große, bekannte Reparatur-Werkstatt
in der alle vorkommenden Reparaturen sofort, sauber und fachgemäß ausgeführt werden
Wir laden Sie zur Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang ein
Fahrradhaus Frisch auf
Könneritzstraße 17. Telephon Nummer 28977

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Meißen.

Sonnabend, den 5. Juni 1926, abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshause

außerordentliche Hauptversammlung

Tagesordnung: 1. Die Aufgaben des Verbandstages.
2. Aufstellung des Kandidaten.
3. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Nähmaschinen Fahrräder
kaufen Sie bei günstigen Zahlungsbedingungen gut und preiswert bei
Emil Hänsel
Freital-P.
Unt. Dresdner Straße neb. d. Gold. Löwen

Gustav Döring, Oberoderwitz
Fahrräder, Nähmaschinen
: und Reparaturwerkstatt :

Alfred Goldberg - Niederoderwitz
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
zu billigsten Tagespreisen

Emil Ullrich, Nieder-Oderwitz
Schuhwaren - Eig. Reparaturwerkstatt

Mary Pickford
in dem Film:
Die kleine Annemarie
CAPITOL
PRAGER STRASSE 31
4 ¼7 ½9

Cook über die rechten Verräter

In seiner Rede in Südwales, deren Veröffentlichung vom „Daily Herald" abgelehnt wurde, führte der englische Bergarbeiterführer Cook aus: „Die Bergarbeiter kämpfen heute für Brot. Sie werden aber bald für die Aenderung der Verfassung dieses Landes kämpfen müssen. Die Konservativen versuchen, die Arbeiterschaften zu vergiften. Sie flüstern den Arbeitern zu, daß Cook riesige Gelder verdiene und auf großem Fuß lebe. Sie können aber dessen sicher sein, daß jeder Pfennig meines Gehalts in den Unterstützungsfonds der Bergarbeiter wandert; dasselbe ist der Fall mit unserem Vorsitzenden Smith und unserem Schatzmeister Richardson."

Ueber die Ereignisse, die dem Abbruch des Generalstreiks vorausgingen, sagte er, daß der Tag, den er immer herbeigewünscht habe, an dem die Arbeiter in einer Front kämpfen, gekommen, aber auch vorbeigegangen sei. Wenn die Tatsachen bekannt sein werden, so werden sie genügen, um

gewisse Personen für ihren furchtbaren, abscheulichen Verrat zu verurteilen.

Die Bergarbeiter hatten unglücklicherweise im Generalrat keine Vertretung. Tom Richards war krank und konnte nicht anwesend sein, und Robert Smillie beging etwas, was er als eine feigerische Handlung bezeichnen muß. Er, Cook, sei der Meinung gewesen, daß seine Kollegen die Sache weiter führen würden, und daß es keinen Kuhhandel geben wird; deshalb ging er sofort nach Schottland, um mit seinen Leuten zusammen zu sein. Er drang auf den Generalrat, zwei Bergarbeiter zu konsultieren. Dieser hat's aber abgelehnt.

Wir mußten nicht nur gegen die Regierung und die Unternehmer kämpfen, sondern auch gegen eine Anzahl von Arbeiterführern, die eine eigentümliche Position einnehmen. Von der Regierung und den Unternehmern kann man erwarten zu sagen, daß sie für ihre eigenen Interessen kämpfen; aber man kann sich aber vorstellen, was unsere Lage war, wenn Führer anderer Gewerkschaften, die Arbeiter vertreten, deren Löhne um 50—100 Prozent höher sind als die der Bergarbeiter, die Tendenz haben, die Bergarbeiterführer zu bedrängen und sie dann herumzubreschen, damit sie eine Regelung annehmen, die eine Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne bedeuten würde.

Mich sagte zu mir Thomas: „Sie sind für die Lage verantwortlich, weil Sie uns nicht erlaubt haben, mit Ihnen zu verhandeln, bevor der Kampf ausgebrochen ist. Sie widersetzten sich der Verhandlung mit uns." Ich habe aus dieser Niederlage gelernt und war entschlossen, dieselbe Ausrede 1926 nicht wieder gelten zu lassen. Der Generalrat wünschte mit den Bergarbeitern zu verhandeln. Es wurde ein Verhandlungsausschuß eingesetzt, und dazu kann ich heute folgendes erklären:

Ich habe manche Terrorisierung erlebt seitens der Regierungsbürokratie; ich habe mancherlei Erfahrungen aus verschiedenen Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten aus den Jahren 1920 und 1921. Ich muß aber sagen, daß wir seitens der Unternehmer oder der Regierung niemals so terrorisiert und gedrängt worden sind, eine Entschließung anzunehmen, als jetzt seitens gewisser Gewerkschaftsführer. (Zwischenrufe: Schande!) Die Regierung weiß das, und auch die Grubenbesitzer wissen es.

Ich wurde aus dem gegnerischen Lager, aus dem Lager der Unternehmer, sagte mir: „Der Generalrat wird uns schon helfen. Das der Ministerpräsident hat mehr als einmal öffentlich seinen Dank gegenüber dem Generalrat ausgesprochen.

Der Generalrat machte seine Streikpolitik, ohne sich mit uns zu verständigen. So wurde auch der Generalstreik ausgerufen. Am Sonntag, bevor der Generalstreik begann, nachdem der Vorsitzende der Bergarbeiter-Exekutive in die Kohlendistrikte abgereist war, erfuhr ich, daß der Generalrat mit dem Ministerpräsidenten über unsere Sache verhandelte. Uns hat er nicht eingeladen, um bei dieser Verhandlung anwesend zu sein.

Ich stellte den Generalrat zur Rede

und sagte ihm in nicht mißzuverstehenden Worten meine Meinung über diese Handlungsweise. Wenn die Geschichte dieser Tage geschrieben sein wird, wenn manche vor Scham erröten, wenn sie die Formel lesen werden, die den Bergarbeitern

sofortige Lohnkürzung und die sofortige Aufnahme der Arbeit aufzwingen

kann. Sie haben diese Formel nicht nur fertiggestellt, sondern auch dem Ministerpräsidenten auch glauben, daß die Bergarbeiter diese Bedingungen annehmen würden. Der Generalrat redete stundenlang auf mich ein, damit ich diese Bedingungen annehme. Ich habe aber abgelehnt.

Ich berief die Bergarbeiter-Exekutive telegraphisch nach London wieder und erfuhr, daß der Generalrat Sonntag nachts wieder beim Ministerpräsidenten war. Zwischen dem 10. und 11., als die Mitglieder der Bergarbeiter-Exekutive, die London schon erreichen konnten, beisammen waren, erklärten diese, daß ich richtig gehandelt habe, als ich die Bedingungen des Generalrats abgelehnt habe. Als die Bergarbeiter-Exekutive im Regierungsgebäude erschien,

drangen die Führer des Generalrats wieder auf uns ein und forderten von uns die Annahme der nunmehr geschichtlich gewordenen Formel,

die besagt, daß der Generalrat bereit ist, den Abbruch des Generalstreiks anzuordnen und binnen vierzehn Tagen nach Wiederaufnahme der Arbeit den Konflikt im Bergbau auf der Grundlage des Kohlenkommissionsberichts zu regeln, der eine Lohnkürzung vorsieht.

Die Bergarbeiter-Exekutive lehnte ab und handelte dabei treu dem Auftrag, den sie von ihrer Mitgliedschaft erhalten hat. Darauf brach der Ministerpräsident die Verhandlungen ab. Einige unserer „Freunde", die wir

für alle Zukunft als unsere Feinde erkannt haben,

sagten: „Wir müssen etwas machen. Wir müssen den Ministerpräsidenten aufsuchen und mit ihm in Verhandlungen treten." Der Ministerpräsident aber legte sich zu Bett, empfing sie nicht, und ein Diener kam und sagte blos: „Meine Herren, es ist Zeit, daß Sie gehen. Niemand ist zu sprechen. Alles ging bereits zu Bett."

Die Labour Party unternahm im Unterhaus eine letzte Bitte.

Die Reden Macdonalds und Thomas' waren Reden, die die Arbeiterschaft in der Zukunft mit einem Gefühl der Scham lesen wird.

Smith und ich hörten uns diese Debatte an. Smith war erregt; ich aber war, wie immer, ruhig, und wir verließen dieses Fegefeuer. Wir sahen alle die Manöver, wir sahen, wie Churchill mit Macdonald herausgelaufen ist, die Regierung spielte aber mit diesen Männern. Der Generalstreik brach aus, und die Mitglieder des Generalrats waren, mit wenigen Ausnahmen, von Angst besessen. Thomas sah bereits, wie in den Straßen das Blut floß, und Bromley sagte, daß er die Eisenbahner aus dem Kampf ziehen würde, wenn die Bergarbeiter die Vorschläge des Generalrats nicht annehmen. Der Generalrat drang auf die Bergarbeiter ein, die Vorschläge Samuels anzunehmen, die vor allem den Abbruch des Generalstreiks bezweckten.

Ich sagte den Eisenbahnern, daß eines der größten Verbrechen, das von ihren Führern begangen worden ist, nicht nur darin bestand, daß sie die Bergarbeiter im Stich ließen und verraten, sondern daß sie auch die Eisenbahner selbst verraten haben. Sie waren bereit, den Streik abzubrechen, ohne für die Eisenbahnerschaft entsprechende Garantien zu haben. Das war eines der allerschwärzesten Blätter in der Geschichte der Arbeiterkämpfe. Wir sagten dem Generalrat, daß der Generalstreik nicht abgebrochen werden solle, bevor nicht alle Arbeiter gleichzeitig die Arbeit wieder aufnehmen würden.

Thomas antwortete mir aber höhnisch: „Das geht Sie nichts an."

Es wurde uns erzählt, daß der Generalrat die Garantie habe, daß die Regierung die Vorschläge Samuels akzeptieren werde. Wir haben nicht geglaubt, daß der Generalrat den Generalstreik abbricht und die Bergarbeiter betrügt. Es war aber ein Betrug.

Die SPD.-Kraftmeier im DMV.

Die Reformisten im DMV. Dresden sind in arger Verlegenheit. Die Vorgänge in der letzten Generalversammlung und deren Auswirkung sind ihnen äußerst unangenehm. Es gärt im eigenen Lager und die Stimmen der SPD.-Genossen, die sich gegen die Kampfmethoden wenden, die von der SPD.-Fraktion gegen die Opposition angewandt werden, wollen nicht verstummen. Die Mitglieder der SPD. erklären ganz offen, daß sie nicht gewillt sind, diese Politik noch weiterhin mitzumachen. In den Reihen der Metallarbeiter beginnt es zu dämmern, die Felle der Reformisten kommt langsam ins Wanken.

Das soll natürlich verhindert werden, und wenn es nicht anders geht, so verschmäht man auch einen kleinen Schwindel nicht. So bringt am Montag abend die „Dresdner Volkszeitung" einen neuen Aufsatz, mit dem man der „Opposition eins auswischen versucht". Nachdem man sich zunächst bemüht, den eigenen Genossen begreiflich zu machen, daß es notwendig war, den Vorschlag der Opposition auf Aufstellung einer gemeinsamen Liste abzulehnen, wird wieder einmal ein bißchen Kraftmeier gespielt. „Was soll man sich überhaupt um die Kommunisten kümmern oder etwa gar mit ihnen noch eine gemeinsame Liste aufstellen? Dazu hat doch die starke, große SPD. in Dresden gar keine Veranlassung. Die Kommunisten haben in Dresden überhaupt keine Aussicht, mit ihrer Liste durchzukommen. Wozu soll die starke SPD. ihre Kandidaten an die Kommunisten verschenken. Was die Kommunisten wollen, ist klar, sie wollen mit der gemeinsamen Liste nur ein paar Mandate ergattern, und im übrigen denken die Kommunisten dort, wo sie die Mehrheit haben, auch nicht daran, die Minderheit zu berücksichtigen. Also deshalb Ablehnung des Verschlags. Die starke SPD. hat das nicht notwendig."

Das ist der Tenor dieses Artikels. Ganz abgesehen davon, daß der Schreiber desselben das Verhalten der SPD.-Fraktion damit zu entschuldigen versucht, daß eine gemeinsame Liste aus technischen Gründen nicht möglich wäre, begeht er dabei einen bewußten, aber niederträchtigen Schwindel. Es ist bekannt, daß die Kommunisten nicht nur hier in Dresden, sondern überall verlangt haben, die Minderheiten zu berücksichtigen, und sie haben aus diesen Gründen bei allen Wahlen nicht nur zum Verbandstag, sondern auch zu den Ortsverwaltungen das Verhältniswahlsystem gefordert. Erst vor wenigen Tagen zeigte es sich beispielsweise in Berlin bei der Wahl der Branchenleitung der Drucker, daß die Opposition, obwohl sie dort die überwältigende Mehrheit erhielt, der SPD. die ihr als Minderheit zustehenden Sitze in der Branchenleitung anbot. Aus Verärgerung über ihre Niederlage, oder um die Opposition zu sabotieren, lehnte die SPD.-Fraktion dort eine Teilnahme ab. Die Kommunisten denken nicht daran, die Minderheiten auszuschalten, und wenn heute die Wahlbestimmungen des Statuts noch eine Mehrheitswahl vorsehen, so ist das die Schuld der SPD., die bislang, um ihre Herrschaft zu sichern, damit jede Opposition auszuschalten versuchte.

Das möchte man auch in Dresden tun. Noch fühlt man sich stark und glaubt, auf hohem Roß zu sitzen — aber — manchmal kommt es anders als man denkt —, trotz aller Verleumdungen und aller irreführenden Darstellungen, die nur den Zweck haben sollen, die Zersetzung im eigenen Lager zu verhindern.

Eine linke Stütze für die Rechten

Am vergangenen Donnerstag hatte die Betriebsrätezentrale für den Plauenschen Grund eine Versammlung für die Betriebsräte einberufen, in der der ehemalige Vorsitzende des Dresdner Gewerkschaftskartells und jetzige Präsident der Landesversicherungsanstalt Tempel referieren sollte. Tempel ist bekanntlich einer von den Organisatoren, der „alten Sozialdemokratie" und hat vor kurzem in der Sonderkonferenz der Rechten in Leipzig die Versammlung geleitet. Die Festlegung des berüchtigten Tempel als Referenten in den Versammlungen der Betriebsräte, zeigt, wie stark die Kräfte im Ortsausschuß Dresden der ADGB. am Werke sind, den ZO und ihren Anhängern die Möglichkeit zu geben, ihren politischen Einfluß in den Gewerkschaften zu festigen. Das Schlimmste aber ist, daß die Linken dabei Helfersdienste leisten. Als einer der besonders radikalen Linken gilt das Mitglied des Betriebsrates vom Hauptbahnhof Schurich. Schurich, der in der Freitaler Ortsgruppe der SPD. immer den Linken mimt, leitete die Versammlung, die insgesamt von 18 Personen besucht war. Wahrscheinlich war der größte Teil der Freitaler Betriebsräte deswegen nicht in der Versammlung erschienen, um sich nicht für die Bestrebungen der rechten Renegaten gebrauchen zu lassen. Als der Genosse Sch. in der Versammlung beantragte, das Referat Tempels abzusetzen, da die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre nicht dulden können, daß die aus der SPD. Ausgeschlossenen und ihre Anhänger vor den freigewerkschaftlichen Arbeitern ihr arbeiterfeindliches Treiben fortsetzen, verteidigte Schurich in seiner bekannten konfusen Art die Maßnahmen des Ortsausschusses Dresden, der für die Gestellung der Referenten verantwortlich ist. Schurich gab sich die größte Mühe, den Anwesenden einzureden, daß es ja gleichgültig sei, wer über das Thema „Sozialversicherung" spreche. Die Gewerkschaftskollegen könnten sich nicht von politischen Gesichtspunkten leiten lassen. Mit Hilfe seiner rechten Freunde wurde dann der Antrag mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt und so konnte Tempel vor 9 Personen sein Referat vom Stapel lassen. Die oppositionellen Kollegen zogen es vor, diese traurigen Linken mit ihren rechten Freunden unter sich zu lassen.

Gewerkschaftliches

Metallarbeiter von Meißen. Am Sonnabend den 5. Juni findet abends 7 Uhr die Generalversammlung des DMV. statt. Tagesordnung: Aufstellung von Kandidaten zum Verbandstag. Vollzähliges Erscheinen der oppositionellen Metallarbeiter ist dringend notwendig!

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Der Lockruf des Goldes

Roman von Jack London

(35. Fortsetzung.)

So kam er zu dem Entschluß, die kleinen Leute wie Holdsworthy links liegen zu lassen. Er stand zwar immer noch auf gutem Fuß mit ihnen, schloß sich aber an keinen enger an. Er hatte gar nichts gegen diese kleinen Leute vom Alta-Pacific-Club und ähnliche, nur wollte er sie nicht als Partner in dem großen Spiel, das er vorhatte; worin das große Spiel bestand, wußte er selbst noch nicht. Er wartete einfach darauf. Und inzwischen spielte er kleine Spiele, steckte Geld in verschiedene Unternehmungen von geringerer Bedeutung und hielt die Augen offen, um bereit zu sein, wenn die große Chance sich bot.

Und da traf er John Dowsett, den großen John Dowsett. Es war der reine Zufall, daran war kein Zweifel. Kein zufällig — das wußte Daylight selbst — hörte er von einem Geschäft in Santa Catalina, und statt direkt nach San Franzisko zurückzukehren, fuhr er nach der Insel hinüber. Dort traf er John Dowsett, der sich einige Tage von einer Geschäftsreise nach dem Westen erholen wollte. Dowsett hatte natürlich von dem unternehmungslustigen König von Klondike und seinen dreißig Millionen gehört und interessierte sich für den Mann, den er nun kennenlernte. Im Laufe der Bekanntschaft mußte dann irgendwann die Idee in seinem Kopf aufgetaucht sein. Aber er verfolgte sie nicht, sondern zog vor, sie sorgfältig reifen zu lassen. So hielt sich das Gespräch nur in allgemeinen Bahnen, und er gab sich Mühe, um sich Daylight angenehm zu machen und seine Freundschaft zu gewinnen.

Er war der erste große Magnat, den Daylight Angesicht zu Angesicht traf, und er fühlte sich stark von ihm angezogen. Etwas so Herzliches und Gewinnendes, eine so geniale demokratische Denkweise lag über dem Mann, daß Daylight kaum begreifen konnte, daß dies der große John Dowsett, der Präsident von einer ganzen Reihe von Banken, der Chef des Versicherungstrustes war, der mit allen Leuten der Standard Oil alliiert sein sollte und immer mit den Guggenhammers zusammen auftrat. Auch sein Aeußeres strafte seinen Ruf nicht Lügen.

Seine Erscheinung bürgte Daylight für alles, was er über ihn gehört hatte. Trotz seiner 60 Jahre und seines schneeweißen Haares war sein Händedruck fest und herzlich, und er zeigte keine Spur von Hinfälligkeit, wenn er rasch und leicht dahinschritt und sich sicher und entschlossen bewegte. Seine Gesichtsfarbe war rot und gesund, und sein feingezeichneter Mund schien immer bereit, über einen guten Witz zu lächeln. Er hatte ehrliche Augen von hellstem Blau, die scharf und freimütig unter den buschigen grauen Brauen hervorblickten. Sein Verstand war geschult und ruhig und arbeitete mit der Sicherheit einer stählernen Falle. Er war ein Mann, der Wissen besaß, es aber nie mit Gefühl oder Sentimentalität aufputzte; die Gewohnheit, zu herrschen, konnte er nicht verleugnen. Dabei war er taktvoll und sympathisch, und Daylight erkannte schnell, daß er einen Mann vor sich hatte, der sich in jeder Beziehung von kleinen Leuten wie Holdsworthy unterschied. Er kannte auch Dowsetts Geschichte, wußte, daß er einer der ersten amerikanischen Familien entstammte, wußte, daß er sich im Kriege ausgezeichnet hatte. Daylight hatte von John Dowsett gehört, der sich um die Union verdient gemacht hatte, von General Dowsett, dessen Ruhm aus der Zeit der Revolution stammt, und von jenem Dowsett, der schon in den ersten Tagen Neuengalands ein wohlhabender Mann gewesen war.

„Das ist ein Mann", erzählte er später seinen Klubgenossen im Rauchzimmer des Alta-Pacific. „Ich sage Ihnen, Gallon, er war eine Ueberraschung für mich. Ich wußte es ja, die Großen mußten es sein; aber ich mußte ihn erst gesehen haben, um es wirklich zu glauben. Er gehört zu den Menschen, die wirklich schaffen. Das sieht man ihm an. Er ist einer unter Tausenden, das ist sicher, und ein Mann, auf den man sich verlassen kann. Die Spiele, die er spielt, sind unbegrenzt, aber ehrlich, darauf können Sie schwören. Ich wette, er kann ein halbes Dutzend Millionen gewinnen oder verlieren, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken."

Gallon paßte seine Zigarre, und als der andere mit seiner Lobrede fertig war, betrachtete er ihn verwundert; aber Daylight, der sich gerade einen Cocktail bestellte, bemerkte den Blick nicht.

„Dann wollen Sie wohl ein Geschäft mit ihm machen?" bemerkte Gallon.

„Ach, keine Rede davon . . . Prost! Ich wollte Ihnen nur erklären, daß ich jetzt verstehe, wie große Männer und ihre Taten heldenhaft sind. Wissen Sie, er machte auf mich den Eindruck, als wäre er allwissend, so daß ich mich ganz beschämt fühlte."

„Bei einem Weitrennen mit einem Hundegespann könnte ich ihm, glaube ich, einen großen Vorsprung lassen und doch noch gewinnen", bemerkte Daylight nach einer kurzen Pause. „Und ich könnte ihm wohl noch ein paar Tips beim Poker oder beim Goldwaschen und beim Paddeln in einem Birkenbaum geben. Ja, vielleicht könnte ich doch noch eher sein Spiel lernen, als er das, das ich dort oben im Norden gespielt habe."

2. Kapitel.

Nicht lange darauf kam Daylight nach Neuyork. Ein Brief von John Dowsett war die Veranlassung — ein paar auf der Maschine geschriebene Zeilen. Aber als Daylight sie empfing, gab es einen Ruck in ihm. Er erinnerte sich, den gleichen Ruck gespürt zu haben, als der Spieler Tom Galsworthy in Tempos Butte in Ermangelung eines vierten Mannes zu ihm, dem damals Fünfzehnjährigen, gesagt hatte: „Komm' her, spiel' mit!" Die dürftigen maschinengeschriebenen Zeilen schienen mit Mystik geladen. „Unser Herr Howison wird Sie in Ihrem Hotel aufsuchen. Sie können sich auf ihn verlassen. Man darf uns nicht zusammen sehen. Wenn wir miteinander gesprochen haben, werden Sie es verstehen." Daylight las die Worte immer wieder. Jetzt schien es, als sei das große Spiel gekommen und er zum Mitspielen aufgefordert. Sicherlich, denn kein anderer Grund konnte einen Mann bewegen, einen anderen zu einer Reise quer über den Kontinent aufzufordern.

Sie trafen sich — dank „unserem" Herrn Howison — auf einem prachtvollen Landsitz am oberen Hudson. Infolge der erhaltenen Instruktionen hatte Daylight ein ihm zur Verfügung gestelltes Privatauto vorgefunden. Den Eigentümer des Wagens kannte er ebensowenig wie den des Hauses, das von liegen, mit Baumgruppen bestandenen Rasenflächen umgeben war. Dowsett war schon da und ebenso ein anderer Mann, den Daylight erkannte, noch ehe sie einander vorgestellt waren. Es war Nathaniel Letton und kein anderer. Daylight hatte sein Gesicht unzähligemal in Blättern und Zeitschriften gesehen und über seine Stellung in der Finanzwelt wie über die von ihm gestiftete Universität in Daratana gelesen. Auch er wirkte auf Daylight als ein starker Mann, wenn es ihn auch wunderte, daß er gar keine Aehnlichkeit mit Dowsett hatte. Mit Ausnahme seiner Sauberkeit — einer Sauberkeit, die sich bis in seine innersten Fibern zu erstrecken schien — war er in jeder Beziehung von dem andern verschieden. (Forts. folgt.)

D Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter und Beamte für Freiberg, Radeberg, Zittau und Umgebung D

Restaurant zur Lokomotive
21299 empfiehlt seine Lokalitäten

Lebensmittel Rudolf Ulrich
Bergstraße 6 21381 Bahnhofstraße 4
nahe enge Gasse am Wernerplatz

Peters Zigarren-Eck
Peterstraße 20a, Ecke Petriplatz

Deutsche Eiche
Spezial-Ausschank der Kulmbacher Sonderbrauerei. Gutbürgerliches Bier- und Speisehaus. 21381 Bernh. Mehner

Auf Teilzahlung! Textil-Vertrieb Otto Eichner, Poststraße 5 1. Etg. 21383

Böttchers Fahrradhaus
Chemnitzer Str. neb. Turmhaufichtspiele 21385

Rostfleisch u. ff. Wurstwaren
empfiehlt Filiale Franz Baldauf, 21387 Meißner Gasse 4

Alfred Richter
Kolonialwarengeschäft, Obermarkt 17

OBST / GEMÜSEWAREN
KARTOFFELN/KONSERVEN
21389 UND FISCHE
KARL NEUBERT / BORNGASSE 18

Turmhof-Lichtspiele
Das beliebte Lichtspielhaus Freibergs
Täglich Vorführung von 4½ Uhr an
21391 Sonntags Beginn 2 Uhr

Schützen-Liesel
empfiehlt seine Lokalitäten
21392 Akademiestraße

Gottlob Neubert
Inh.: Gebr. Beyer. Turnhallenkeller
Obst, Gemüse, Südfrüchte

Neues Lichtspielhaus
STADTPARK, FREIBERG Sa.
Größtes Theater. 800 Plätze

Roßschlächterei Ulbricht
Marktstraße 7

Louis Mehner
Kleiderstoffe / Wäsche / Linoleum

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Karl Lauer
21396 Burgstraße 17

M. DEUBLER
21402 Ecke Wein- u. Ritterstraße
SEEFISCHE / KONSERVEN

FAHRRÄDER / NÄHMASCHINEN
ERSATZTEILE / REPARATUREN
21403 Joh. Winter, Erbischestr. 23

Hüte u. Mützen
Reinhold Mette, Herderstraße 7

Fahrrad- u. Nähmaschinenhaus
21405 Otto Schmidt, Reitbahngasse

Otto Diener
21406 Feinkost
Poststraße 5 — Telephon 3017
bringt sich in empfehlende Erinnerung

Glückauf-Drogerie
Hans Grehler, Fischerstraße 22

Kolonialwaren
H. Riedrich, Donatsgasse 2

Richard Lenk Installationsgeschäft
21409 Koch- und Heizapparate

Uhren Goldwaren
E. Schäfer,
Obermarkt 17
Repar. billigst

FREIBERG

Trinkt das köstliche
Waldschlößchen-Bier
21390 Niederlage bei D. Döring, Stollegasse

Clemens Jaesing
Obermarkt
Kleiderstoffe / Wäsche
Gardinen / Linoleum
Möbelstoffe
21412

Billigste Bezugsquelle
21417 für
Herren- und Knabenbekleidung
Zur Zentrale
Postplatz Postplatz

ERNST WALTHER
DAMPFBÄCKEREI
KONDITOREI UND KAFFEE
Schüller-Vollkorn-Feinbrot und ff. Kuchen / Konditoreiwaren
21907 Lange Straße 33, Ecke Bahnhofstr.

Kohlenhandlg.
Julius Oberdorf
Moritzgasse 15
21561

Rasier- und Friseursalon
Alois Schanzer,
Lange Str. 81
21381

C. F. Heudtner
21410 Gegründet 1700
Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte

Paul Schneider
Polstermöbel / Dekoration / Gardinen

Walter Malzoff
Meißner Tor. Einkauf von Lumpen usw.
21417 Verkauf von Holz und Kohlen

Richard Patzig & Schulz
Ecke Erbischestr. u. Kesselsgasse
Manufaktur- u. Modewaren/Damen-
21500 und Kinderkonfektion

Schuhwarenlager
Max Griesbach, Weingasse 10
21564 Reparaturen billigst

Paul Weber
Schuhwarenhaus, Erbischestraße 19

OSKAR STEYER
LEBENSMITTEL / TABAKWAREN
21554 Büttermarktgasse 8

Alfred Weigoldt, 21535 Obermarkt 20
Wäsche / Weiß- und Wollwaren /
Schürzen und Stoffe

Möbellager
Bruno Lorenz, Nicolaigasse 9

M. Feige Nchflg.
Feinkost
Obermarkt 12. Fernspr. 2374

Photographisches Atelier Herold
empfiehlt sich für Aufnahmen und
21558 Vergrößerungen aller Art

Haus- und Küchengeräte / Volksbadewannen OTTO GROSSMANN
21561 Obermarkt 15

Letzter Dreier / Zug
21621 Jeden Sonntag feiner Ball

Trinkt Freiberger Silberquell
Bürgerliches Brauhaus A.-G., Freiberg. Fernruf 3251/52
21633

Kolonialwaren
Rich. Röhler
Nonnengasse 15
21563

Fleischerei Carl Ferdinand
21431 Burgstraße 15

Fabrikation ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Walther Raben
21428 Berthelsdorfer Straße 50

21463
Schokoladen - Kakao
Paul Kühn / Obermarkt 16

Heidemann & Schäfer
21519 Nachf. Hermann Schwabbauer
Lebensmittelhaus, Burgstraße 13

Optiker Fr. Mahuhr, Bahnhofstr. 22
Brillen / Kneifer / Feuerzeuge / Photoapparate
Platten / Pakfilme / Sämtliche Bedarfsartikel /
21548 Gummistiefel / Kompasse / Thermometer

Drogerie Lindner
Drogen/Farben/Chemikalien
21553 Meißner Gasse 8

Kolonialwaren / Zigarren / Zigaretten
21555 **M. Seidel**
Beuststraße, Ecke Albenhauerstraße

Schneider & Berger
21555 Fabrik feinster Liköre

Kaufhaus G. Rosenthal
Burgstraße 5 Freiberg Am Glückshaus
Größte Auswahl / Billigste Preise /
Manufaktur- u. Kurzwaren / Kleider /
21556 Blusen / Wäsche

Hugo Weigelt, Seifengeschäft
Spezialität: Kernseife / Schmierseife / Oele /
Fette Rittergasse 1 21557

Emil Neubert
21549 Modehaus / Fischerstraße 2

Lederausschnitt-Geschäft
21525 M. Helbig, Theatergasse 4

Schuhhaus Wetzel
Inh. Gebr. Schoppe, Buttermarkt
21518 Reparaturwerkstatt

Butter-Bauch, Untermarkt 17
21511 Feinste Tafelmargarine

FREITAL-PO.

Kauft eure Farben, Lacke, Pinsel usw. beim Farben-Werner
21221 Kreuz-Drogerie Freital

Gustav Kühne
Spezialgeschäft für Milch und Butter.
Sämtl. Molkereiprodukte täglich frisch

Offenbacher Lederwaren / Schirme / Soling. Stahlwaren / Eigene Reparaturwerkstatt. Rudolf Neumann
21224 Untere Dresdner Straße 110

Gerhard Nitsche Uhrmacherei
Uhren / Goldwaren / Geschenkartikel /
Bestecke / Eigene Reparaturwerkstatt

21200 Roßschlächterei **Kurt Siering**
empfiehlt täglich frische Wurst- u. Fleischwaren
Freital, Untere Dresdner Straße 101

Julius Arnold
21227 Felle / Därme / Leder
Untere Dresdner Str. 94. Telephon 537

Schnitt- und Wollwaren, Bettfedern
Bernhard Göthe
21200 FREITAL-POTSCHAPPEL

THARANDT

Arthur Schob
21426 Telephon 130
Tharandter Bazar/Zweiggesch. Hartha

Felix Petzold
Manufaktur-Modewaren u. Konfektion

Paul Wenzel
Lebensmittel / Spirituosen / Weine

Kunath & Richter
FAHRRÄDER / NÄHMASCHINEN
21242 Reparaturwerkstatt

Restaurant z. Klippermühle
21293 Inhaber Hans Butter

RADEBERG

Carl Oehlschlägel
Die Einkaufsquelle der Arbeiter u. Kartiner
Bahnhofstr. 12 gegenüber dem Bahnhof
Cigarren
21518

Schuhhaus Baum
Beste Einkaufsquelle für Schuhwaren

Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung
Große Auswahl / Niedrige Preise
21460 Konfektionshaus
Rudolf Lederer
Dresdner Straße 23

21194 Modehaus
Karl Schulze
Dresdner Straße 35
Größte Auswahl in
Damen-, Herren- und
Kinder-Bekleidung

Drogerie Wiegand Heine
21196 Oberstraße
Spezialität: strauchfertige Oel- u. Lackfarben

Schuhwarenhaus und 21197
Reparaturwerkstätte
Alfred Wagner, Dresdner Str. 32

Wollen-Seifen / Seifenflocken
Radeberger Seifenfabrik
Ernst Büttner & Sohn, Radeberg
21493

21517 **Schaffert**
Zuträglicher Einkauf aller Lebensmittel

Metropol-Lichtspiele
21520 Radeberg
Jeden Dienstag und Freitag
erstklassig, neues Programm

ZITTAU

Zigarrenhaus Felix Schipke
21423 Innere Webersstraße 10
Neustadt 23. Ecke Frauenstraße

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
21424 Eigene Kühlanlage
Edmund Wolf, Böhmische Straße 17

WILHELM SCHAAF
Uhren/Goldwaren/Eigene Reparaturwerkstatt 21410 Am Markt 7

Leder-Ausschnitte 21431
Schuhmacher-Artikel
Richard Klaus, Mandauer Berg 5

Leder-Ausschnitte / Schuhmacher-Artikel / sämtl. Schuhreparaturen
Kronen-Lederlager
21467 Äußere Webersstraße

Zittauer Schuhfabrik
Schuhwarenlager / Größte Reparaturwerkstatt. 21469 Albertstraße 2, I.

A. Diehl 21471
Zittau, Theaterstr. 21
Fernruf 650
Artikel zur Gesundheits- und Krankenpflege / Ärztliche Instrumente / Bandagen

Bettwäsche Textilwaren
Köhler & Großer
21479 Breite Straße 45

Leder- und Bedarfsartikel
21432 kauft man sehr preiswert bei
Max Adler, Rosenstraße 7

Bonbon- u. Schokoladenhaus Brüderplatz 2 21462

Fleischerei Domsie Nachf.
empfiehlt seine bekannt. Fleisch- u. Wurstwaren
21433 Inh. Richard Klemens, Breite Str. 30

COTTA

Zigarrenhaus H. Winkler
21537 Am Bahnhof Cotta
Zigarren / Zigaretten / Rauch- und Kautabake

KOTZSCHENBRODA

Hermann Lehnert, Bahnhofstraße 19
Kolonialwaren / Zigarren / Zigaretten /
21495 Weine / Spez.: gerösteter Kaffee

Schuhwarenhaus Franz Ruppert
21466 Klosterplatz 6
Eigene Reparaturwerkstatt

Kauft bei Küchenmeister
21451

Bandagen-, Gummiwaren- und Korsettgeschäft E. Goldberg,
21452 Böhmische Straße 14

21482 Auf Teilzahlung!
„FRIGO" G. m. b. H.
Konfektionshaus / Brüderstraße 11

Musikhaus Herold, Böhm. Str. 25
21448 Musikwaren und Reparaturen

Edel & Halank / Schlosserei
Fahrrad- u. Nähmaschinenhandlung
21483 Albertstraße 14 / Tel. 3855

Alle Molkereiprodukte billig und preiswert in bester Qual. Bernh. Uhmann, Neustadt 27

EIBAU

Bäckerei / Konditorei / Kaffee
21496 Otto Mehlhose

FREITAL-DEU

21265 Robert Jäschke Schuhwarenhaus

Paul Dyslin
Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstätte
21268 Obere Dresdner Str. 103

Ahlendorfs
Fisch- und Feinkosthaus
21270 Lange Straße 5

Drogerie Sächsischer Wolf
21271 Otto Wiesner

Sie kaufen immer vorteilhaft
Kleiderstoffe, Wäsche usw. bei
Erich Kaden, Freital-Deuben
21266 Vorderstraße 5

FREITAL-DO.

Konfektions-, Schuh- und Textilwaren
21272 Lieferant sämtlicher Sportartikel
Anton Glaser

Krilles Gasthof, Fr.-Döhlen
empfiehlt seine Lokalitäten zur frdl.
21232 Einkehr. Telephon 214

Reserviert
21267

NIEDER-ODERWITZ

Rudolf Salchow / Fernsprecher 30
21462 Kolonialwaren / Kaffeerösterei

Fleischerei Paul Gutsche
21674 Fleisch- und Wurstwaren
Beste Qualität / Billigste Preise

21663 Reserviert

Genossen berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten!